

DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung
der freien und sozialen Marktwirtschaft

Kommentar: Vereinigte Schwätzer	S. 2
Weniger Stabilität = mehr Beschäftigung?	S. 3
Rutschpartie der Sozialleistungen	S. 4
Ratlosigkeit - Kennzeichen deutscher Politiker 1929 und 1996	S. 6
Europäische Währungsunion Ist die Kritik daran = DM-Nationalismus?	S. 7
Eine Warnung vor dem Europäischen Binnenmarkt aus dem Jahr 1926	S. 16
Die Größe der wuchernden Geldvermögen	S. 17
Marktwirtschaft versus Kapitalismus	S. 19
Multimedia und virtuelle Welten	S. 24
Zauberwort „Internet“: NWO-Fenster zur Welt	S. 24
Buchbesprechung zu Hans See, Kapital-Verbrechen: Die Verwirtschaftung der Moral	S. 25
Leserbriefe	S. 26
Meine Erwartung, Hoffnungen und Vorschläge	S. 27
Dank an die Spender	S. 28
Wo laufen Experimente?	S. 29
Wir suchen Gesprächskontakte	S. 30
Erst blühende Wirtschaft, dann Eurogeld	S. 32
Impressum	S. 36

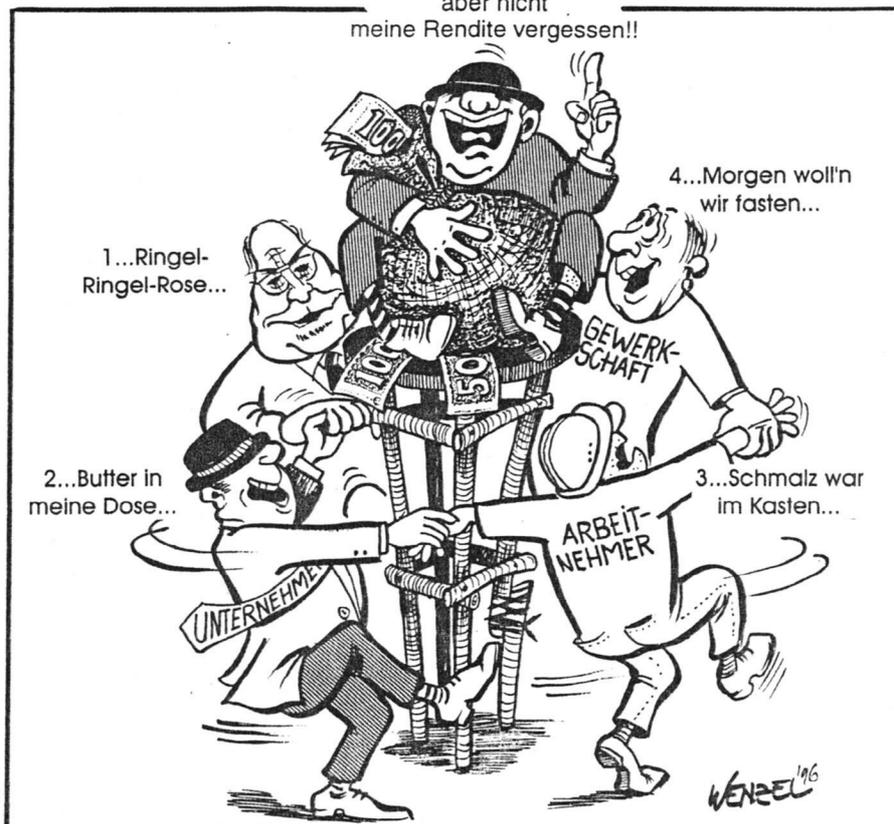
Bündis für Arbeit: Tanz der Ahnungslosen!

Was zur Zeit die Gemüter bewegt, ist ohne Zweifel die steigende Arbeitslosigkeit. Die Verzweiflung der Betroffenen wächst, je länger die Arbeitslosigkeit dauert - aber auch die Unzufriedenheit mit denen, die angeblich Verantwortung tragen.

Im Fadenkreuz der Kritik stehen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Da braut sich sozialer Sprengstoff zusammen, der nur deshalb nicht explodiert, weil das soziale Netz noch einigermaßen hält. Doch das ist bald vorbei, wie die täglichen Meldungen über Sozialabbau beweisen. Folglich müssen die Unzufriedenen beruhigt werden. So demonstrieren die kritisierten „Verantwortlichen“ den ernsthaften Willen zur Lösung des Problems, indem sie ein „Bündnis für Arbeit“ schließen. Ahnungslos wie sie sind, tanzen sie Ringelreigen und singen das Lied der Harmonie guter Absichten - und bemerken gar nicht die Nutzlosigkeit ihrer Vorschläge. Unser Vorwurf, sie seien ahnungslos, ist äußerst milde. Denn Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften brauchten bloß in ihre Kassen zu gucken um zu sehen, wem sie zuerst zu dienen haben: dem Kapital. Sollten sie das aber wissen, dann ist der Bündnis-Tanz nichts anderes als eine Show zur Beruhigung der Gemüter. Letztlich wäre das Betrug!

(ws)

Macht was ihr wollt ...
aber nicht
meine Rendite vergessen!!



EUROPAKRITIK

Die Europäische Währungsunion

Ist die Kritik daran = DM-Nationalismus?

Die europäische Notenbank könnte eine segensreiche Institution werden, aber die Ignoranz der politischen Konstrukteure und die Desinformation seiner Propagandisten machen daraus einen bedrohlichen Spaltpilz für alle Europäer und einen neuen Störfaktor im internationalen Güter- und Leistungsaustausch.

Anmerkungen zu themenbezogenen Artikeln in den Zeitungen:

Die Zeit und *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (HAZ),

gleichzeitig Hinweise auf die Grundlagenarbeit der Freiwirtschaftsschule mit ihrem Modell

Natürliche Wirtschaftsordnung, einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

von Tristan Abromeit - Abschluß 31. Dezember 1995



Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (in diesem Heft)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
- 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
- 1.2 Zusammenfassung / Merkzettel für die weitere Diskussion
- Anhang: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (erscheint im März 1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zum Teil 1 und 2

3. Folge (erscheint im April 1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte
- 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
- 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“
- 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus
- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei!“ Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die 'Bauernfänger'“

1. Folge

1 Für die Chancen - gegen die Gefahren

1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken

Wie begegnet man Zweifel und Kritik an der geplanten Europäischen Währungsunion? Indem man erneut die Angst vor einem neuen deutschen Nationalismus schürt. Diese Methode besorgte schon dem Bundestag eine Mehrheit für die Ratifizierung der Maastrichter Verträge. Eine (Zeit-)Grafik, in der einer DM-Münze eine Pickelhaube aufgesetzt wird, weckt da doch hoffentlich den richtigen Schauer vor dem Abgrund, der sich auftut, wenn die Zahl der Kritiker und Zauderer so stark wird, daß die Maastrichter Verträge einer Revision unterzogen werden müssen. ➤

Kritik an EWU: keinesfalls nationalistisch

Mit Bildern wird manipuliert

Wer die Bildersprache nicht so recht versteht, kann sich auf der gleichen Titelseite der Wochenzeitung DIE ZEIT (29. 9. 1995) mit der Autorität des Exministers, Exkanzlers und Mitherausgebers dieser Zeitung in der Buchstabensprache verklickern lassen, was Sache ist. Helmut Schmidt liest unter dem Titel „*Deutsches Störfeuer gegen Europa*“ und der Schlagzeile „*Fünf Jahre Einheit: Der DM-Nationalismus von Finanzminister und Bundesbank gefährdet die Währungsunion*“ Theo Waigel und dem Bundesbankpräsidium die Leviten. Der Artikel ist taktisch klug aufgebaut. Und taktisch klug heißt in allen politischen Lagern im Westteil der BRD seit Jahrzehnten: Mische Richtiges mit Falschem und reichere den Brei durch Weckung von Schuldgefühlen an, damit er nach Einnahme und Verdauung den gewollten „richtigen“ (Wahl-)Stuhlgang erzeugt.

Da die Mittel eben nicht durch das Ziel geheiligt werden, müssen - um das strategische Ziel „*Freiheit, Frieden und Wohlstand im nächsten Jahrhundert für Europa*“ nicht zu gefährden - die Argumente und Maßnahmen stimmen. Nun könnte man Helmut Schmidt, wie auch Roman Herzog, unserem Bundespräsidenten, mangelnde Systemeinsichten vorwerfen. (Herzog am 10. Oktober im Europaparlament: „*Die Härte der D-Mark war stets auch ein Gewinn, der der wirtschaftlichen Integration Europas zu verdanken war.*“ (HAZ vom 11. 10. 1995) Aber gegenseitige Vorwürfe blockieren eher einen seit Jahrzehnten überfälligen, radikal offenen Dialog über Probleme und künftige Gestaltung unserer gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland, bei unseren Nachbarn und in einem vereinten Europa.

Bundesdeutsche Realität

Auch wenn es die meisten Parteidemokraten nicht wahrhaben wollen:

Wir leben in einer Schein-Demokratie mit einer Schein-Marktwirtschaft, einem scheinbar freien Bildungssystem und scheinbar sozialem Sicherungssystem.

Wenig oder nichts stimmt bei uns und unseren Nachbarn. Die Probleme können aber nicht leichter, sondern nur schwerer einer Lösung zugeführt werden, wenn verschiedene nationale Berge von Problemen zu einem europä-

schen Problemgebirge zusammengesoben werden.

„*Wir brauchen so viel Integration wie möglich.*“

Diesem Satz von Roman Herzog, den die HAZ am 11. 10. 1995 als Schlagzeile wählte, können auch Maastricht-Kritiker zustimmen, wenn damit nicht ein zentralistischer Supra-Nationalstaat gemeint ist, sondern die Vielfalt der kulturellen Prägungen in der Einheit Europas. Eine von allen Völkern bejahte Integration schafft man aber nicht, wenn man allen Unrat der Nationen unter einen gemeinsamen europäischen Teppich kehrt. Eine Voraussetzung dafür, daß die naturgegebene, nicht wegerziehbare Aggressivität der Menschen sich konstruktiv ausleben kann und nicht wieder zerstörerisch wirkt, ist, daß die gesellschaftlichen Strukturen durchschaubar bleiben oder werden und einen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen.¹⁾ Mit anderen Worten:

Die Ordnungen, die wir uns geben, müssen einsehbar werden und dürfen auf die große Zahl der Menschen und auf Minderheiten nicht gängelnd wirken und nicht ausbeutend bleiben.

Die erworbene Narrenfreiheit muß durch eine haftende Gestaltungsfreiheit in allen Lebensbereichen abgelöst werden. Dabei müssen die neuen Strukturen gleichzeitig einen reflektierenden Leistungswillen fördern, der den Griff in anderer Leute Geldtasche via Staat oder Kommission als beschämend zurückweist. In dem angestrebten Europa unserer „Europäer“ kann ich diese Friedensvoraussetzungen aber nicht erkennen.

Bedenken gegen die EWU unterdrücken, heißt Mißtrauen fördern

In Theo Waigel, unserem Bundesminister für Finanzen, sehe ich eher ein Symbol für ein modernes, staatlich sanktioniertes Raubrittertum und nicht einen Wortführer jener, die Zweifel in bezug auf die geplante Währungsunion haben; und die Bundesbank ist eher ein

1) „Wir bedürfen der konstruktiven Seiten, der sublimierten Formen der Aggression, keine Gesellschaft kann ohne Wettbewerb gedacht werden. Aggression ist eine Grundmacht des Lebens“, sagte Mitscherlich, in: „Den Frieden besser erforschen, Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für Prof. Mitscherlich“, HAZ, 13. Oktober 1969.

Ort, wo man sich aus Protest gegen die destruktiven Wirkungen ihrer Politik anketten sollte. Aber dem Finanzminister und dem Bundesbank-Präsidium vorzuwerfen, daß sie ihre Bedenken der Öffentlichkeit vortragen, fördert das berechnete Mißtrauen gegen die Eurokraten und die Opposition gegen die Währungsunion eher, als daß diese dadurch gebremst würde.

Sicherung der Preisniveaustabilität ist wichtig

Wenn es als ausgemacht gilt, daß in der Währungsunion nur die Staaten Mitglieder werden können, die die gemeinsam beschlossenen Kriterien für Staatshaushalte erfüllen, warum ist dann Waigels Hinweis, daß u. a. Italien diese Kriterien nicht erfüllt, Ausdruck eines „*rücksichtslosen Führungsanspruchs*“ der Deutschen? (Schmidt) In der Sache haben Waigel und auch diejenigen, die die Aufnahmebedingungen formuliert haben, unrecht. Denn für die Stabilität einer Euro-Währung ist es relativ unwichtig, ob die Mitgliedsstaaten gleich hoch oder gleich wenig verschuldet sind. Wichtig ist, daß die Finanzminister keinen Zugriff auf die Notenpresse bekommen. Und wichtiger als eine solide Führung der Staatshaushalte ist, daß die Mitgliedsstaaten die Preise der Güter, die im statistischen Warenkorb zur Messung der Abweichung von der Preisniveaustabilität aufgenommen werden, nicht oder nicht unterschiedlich verfälschen.

Maastricht ohne demokratische Legitimation

Die Maastrichter Verträge sind - wenn die Demokratie als Regierungssystem mit eigener Logik betrachtet wird, keine Verträge, sondern Diktate, weil die Bürger bei der Formulierung und Beschlußfassung nicht beteiligt wurden. Aber was macht das schon. Die Deutschen durften ja auch nicht eine Verfassung formulieren und beschließen. Von der bundesrepublikanischen Nomenklatura wurde der Maastrichter „Vertrag“ wie das „Grundgesetz“ zu einem Legitimationspapier der Parteienherrschaft - zu der inzwischen auch Joschka Fischer & Co. gehört - degradiert.

Schmidt schreibt:

„*Die Schaffung der Währungsunion ist in erster Hinsicht eine eminent außenpolitische Aufgabe.*“

Diese Aussage stimmt nur, wenn die neue Währung genauso oder besser ihre innenpolitische frieden- und wohlstandstiftende Funktion ausübt wie bzw. als die DM-Währung. Wenn nicht, dann kommt die neue Euro-Währung der Erklahrung eines Krieges aller gegen alle gleich. Verträge werden dann geschlossen und eingehalten, wenn alle Beteiligten einen dauerhaften Vorteil davon haben. Mit „alle“ sind nicht nur alle beteiligten Staaten gemeint, sondern innerhalb der Staaten alle Gruppen und Individuen und nicht nur „die Wirtschaft“ oder „die Großbanken“.

Vertragsänderung: keine nationalistische Forderung

Wenn die Verträge mangelhaft sind und sich Irrtümer eingeschlichen haben, dann gibt es ein Instrumentarium, die Verträge zu berichtigen. Es hat nichts, rein gar nichts mit einem versteckten Nationalismus zu tun, wenn Partner auf Bedingungen und Mängel ihrer Verträge hinweisen. Das Verlustrisiko der Deutschen bei dem Aufgehen der DM-Währung in die Euro-Währung ist größer als das bei der Auflösung der Bundesregierung zugunsten einer Europa-Regierung; denn die Unfähigkeit, gesellschaftliche Probleme ohne Produktion von Folgoprobelen zu lösen, ist eine europäische Gemeinsamkeit, jedoch der Wille, eine stabile Währung einzurichten und aufrechtzuerhalten, keineswegs. Wenn die Deutschen aufgrund von schlechten Erfahrungen eine stabile Währung als ein hohes Gut einstufen, dann hat das nichts mit einem Führungsanspruch zu tun, wenn sie Vorbehalte gegen Vertragsländer äußern, die eine Stabilität anders bewerten.

Die DM, nicht gerade ein Vorbild

Daß die deutsche Währung auch keine stabile Währung im engeren Sinne ist, steht dabei auf einem anderen Blatt. Wichtig ist aber zu erkennen, daß wir in der BRD und den anderen europäischen Staaten kein konjunktur- und verteilungspolitisch neutrales Geld haben. Die Vermögenskonzentration mit dem gleichzeitigen Verarmungsproze großer Bevölkerungsteile und die Arbeitslosigkeit, die Legislative und Exekutive nicht in den Griff bekommen, stehen unmittelbar mit der mangelhaften (nur relativ guten) deutschen Währungsverfassung und der Politik der Bundesbank im Zusammenhang. Selbst daß der

Sabbat und der Sonntag nicht mehr heilig sein dürfen und ebenso der ökologisch gefährliche Wachstumszwang haben hier ihre Ursachenwurzel. Die Einwirkung des Wahrungskomplexes auf die Gesellschaft dürfte bei genauer Betrachtung nicht geringer sein als die Auswirkungen des Bundestages auf die Gesellschaft. Wenn es schon ein demokratisches Legitimationsdefizit für die Bundesbank gibt, dann ist im Hinblick auf Euro-Währung der nachfolgende Satz von Helmut Schmidt falsch:

„Weil laut Maastricht die gemeinsame Zentrale politisch völlig unabhängig sein wird, verlangt die gemeinsame Währung keineswegs nach einer obersten politischen Instanz.“

Es sei denn - so die Einschränkung meines Urteils -, für die Europäische Zentralbank wird ein Regelwerk geschaffen, das keinen Spielraum für Politik läßt.

In meinem Schriftsatz „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“ vom Oktober 1989, in dem ich auch die Fragen stellte, ob die Bundesbank auf eine Vereinigung von DDR und BRD vorbereitet sei und wie ihre Vorstellungen von einer gemeinsamen Währungsordnung wären, habe ich geschrieben:

„So wie die Dinge jetzt liegen, betreibt die Bundesbank Politik mit der Einwirkung auf das Leben jedes Bundesbürgers (und darüber hinaus), ohne daß sie eine demokratische Legitimation dazu hat, und zwar - wie mir scheint - in einer rechtlichen Grauzone. Bei der unklaren gesetzlichen Aufgabenstellung der Bundesbank kommt es zu gegenseitigen Übergriffen in den jeweiligen Aufgabenbereichen von Bundesregierung und Bundesbank, und zwar bei Nichterreicherung von ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen.“

Um diesen rechtlichen, demokratischen Mistand zu überwinden, sehe ich drei Lösungen:

- a) Die Bundesbank wird mit einer erforderlichen Mehrheit des Bundestages (oder durch Volksentscheid) in den Rang einer vierten, von den anderen unabhängigen, Gewalt gehoben. Wobei die Organe dieser Gewalt (Direktorium und Zentralbankrat) nach demokratischen Regeln gewählt werden.

- b) Die Bundesbank wird zu einem Ministerium der Bundesregierung umgestaltet. Der Notenbankprasident wird zum Notenbankminister.

- c) Die Bundesbank erhält den Charakter einer regierungsunabhangigen Behörde, die an klar definierte und langfristig geltende Regeln gebunden wird. Ihr wird kein Spielraum für politisches Gestalten nach eigenem Gutdünken zugestanden, und sie wird der parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Zur Lösung a):

Die Wahrungsmacher haben de facto in der Geschichte mehr oder weniger als von anderen Gewalten unabhängige Gewalt bestanden, wenn die Münze nicht mit dem Fürsten- oder Königsthron zusammenfiel. Diese Gewalt wurde ausgeübt in Unkenntnis der wahren Zusammenhänge oder gerade in deren Kenntnis.

Zur Lösung b):

Rechtlich und demokratisch wäre es auch eine saubere Lösung, die Notenbank zu einem Bundesministerium zu machen. Die Probleme liegen hier in der Begehrlichkeit der Politik. Unter dem Druck, Wahlen gewinnen zu wollen, ist die Gefahr zu groß, ohne Rücksicht auf die Geldwertstabilität über die Notenpresse Wahlgeschenke zu finanzieren. (...)

Zur Lösung c):

Dieses Modell halte ich für demokratisch legitim, sachlich richtig und politisch wünschbar. Es strapaziert nicht das Instrument demokratischer Wahlen, läßt keinen Platz für Demagogie, erlaubt Kontinuität und ermöglicht eine Reduzierung des organisatorischen Aufwandes und der Kosten der Notenbanken. Voraussetzung dieses Modells ist aber, daß die in der realen Währungspolitik und in der offiziellen Volkswirtschaftslehre vorhandenen Theoriedefizite ausgeglichen werden ...“

Ich habe dann als Nr. 11 in meinem Fragenkatalog formuliert:

„Welcher der vorgestellten Lösungen (a, b, oder c) würde der Zentralbankrat den Vorrang geben, wenn er sich aufgrund politischer Umstände dazu gezwungen sähe?“

Ich habe natürlich darauf keine Antwort bekommen. Wenn aber hier schon ein

Kritik an EWU: keinesfalls nationalistisch

Klärungs- und Entscheidungsbedarf für die deutsche Währung besteht, dann ist dieser Bedarf im Hinblick auf die europäische Währung noch viel größer. Die SPD, zu der Helmut Schmidt ja wohl noch immer gehört, hat in Zeiten der Weimarer Republik lieber Hitler das politische Feld überlassen, als das Währungseinmaleins zu lernen, und heute ist sie dabei, sich ebenfalls aufgrund von Unkenntnis oder Leugnung der währungspolitischen Zusammenhänge bedeutungslos zu machen. Die anderen Parteien, die sich am Niedergang der SPD weiden, merken nicht, daß sie vom gleichen Sog erfaßt worden sind.

Vor Beginn der Währungsunion müssen alle Details festliegen

Von Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigem Amt, wird in der HAZ vom 2. 10. 1995 berichtet, daß er schon eine Diskussion über die Verschiebung der Währungsunion für unverantwortlich hält. Es ist bei der gegebenen Sachlage gerade umgekehrt: Es ist unverantwortlich, vor der Einführung der Währungsunion nicht über ihre theoretischen, demokratischen, rechtlichen und praktischen Grundlagen zu diskutieren.

Auf Europa übertragen, würde die Lösung b) (Notenbankleiter = Notenbankminister) eine Euro-Regierung vorausetzen. Und hier kann ich Helmut Schmidt voll zustimmen:

„Eine frühe Herstellung der politischen Union würde doch geradezu zwangsläufig enormen fiskalischen Ansprüchen auf zusätzliche Ausgleichssysteme der Steuern und Finanzen, der Lohn- und Sozialleistungen ausgesetzt.“

Warum ist das so?: Die Bürger in den europäischen Staaten haben eben nicht ihre sozialen und ökonomischen Probleme durch dezentrale, freiheitliche, in sich soziale marktwirtschaftliche Strukturen gelöst, sondern sie versuchen immer noch, den nicht wegzuleugnenden gesellschaftlichen Krebs *Kapitalismus* durch *Staatsinterventionismus* unterschiedlichen Zentralisationsgrades zu bekämpfen. Die Lehren aus dem untergegangenen zentralistischen Sozialismus der osteuropäischen Staaten werden für den Westen immer noch nicht gezogen.

Bewußte Irreführung über das Wesen des Kapitalismus

Die Bekämpfung des Übels fällt aber im Westen schon deshalb schwer, weil die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus von den Massenmedien, politischen Organisationen und zum Teil auch von der Wirtschaftswissenschaft als Synonyme benutzt werden.

Dabei ist die Marktwirtschaft ein Steuerungssystem, das ohne zentralen Plan auskommt, und der Kapitalismus ist die Möglichkeit, aufgrund von strukturellen, rechtlichen Fehlkonstruktionen leistungsloses Einkommen zu Lasten der Arbeit zu erzielen, und das ist eben Ausbeutung. Daß dieses alles auch noch mit der Währungsverfassung zu tun haben könnte, wird im gesamten politischen Lager - von links bis rechts - gelehrt, weil es eben nicht mit der jeweils gepflegten Ideologie in Einklang gebracht werden kann.

Zentralistische Einheiten - egal ob marxistisch, kapitalistisch-nationalistisch oder kapitalistisch-staatsinterventionistisch begründet - zu vereinigen, kann nur durch die Auflösung der Zentralismen oder durch die Zentralisation der Zentralismen geschehen. Mit einer weiteren Zentralisation ist die Idee des Europas der Vater-(Mutter-)länder oder die Vielfalt der Kulturen in der Einheit Europas nicht in Einklang zu bringen.

Wenn wir nicht den zentralistischen Supra-Nationalstaat Europa wollen, dann müssen wir uns für das Prinzip der Dezentralität entscheiden.

Ein dezentrales Europa läßt sich aber nur mit dem Steuerprinzip Marktwirtschaft herstellen. Eine Entscheidung für die Marktwirtschaft oder für den Kapitalismus mit seinen systemlogischen Zwängen zur Konzentration, zum Wachstum und zu staatsinterventionistischen Korrekturmaßnahmen, wird aber schon mit der Art der Gestaltung der einzuführenden Währungsverfassung gefällt.

Währung wirkt auf Gesellschaftsordnung

Die Währungsverfassung (ein zentralistischer Kontrapunkt in einer dezentralen Ordnung) kann, auf die gesamtgesellschaftliche Ordnung bezogen, nicht neutral sein. Sie fördert oder zerstört eine dezentrale Ordnung. Würde aber

eine der Marktwirtschaft adäquate Währungsverfassung eingeführt, dann könnten die Interventionspolitiken der Nationalstaaten und die staatlichen Zwangskollektive - die heute als Korrekturmaßnahmen zum Kapitalismus gedacht sind - langsam aufgelöst werden. Eine politische Einigung Europas wäre nur noch ein Kinderspiel.

Demokratie in Gefahr

Da aber 99,9% der Bürger Europas keinen Einfluß auf diese Entscheidungen haben, ja nicht einmal wissen, was da von anmaßenden Stellvertretern für sie entschieden wird, wird unser ausgehendes 20. Jahrhundert in Europa mit der Kapitulation der Ideen von der Demokratie und der Marktwirtschaft enden.

Jeglicher moralische Anspruch, z. B. China wegen mangelnder Demokratie zu kritisieren, entfällt. Es ist das Werk unserer „Demokraten“ und „Europäer“, egal ob sie sich als „sozial“, „liberal“ oder „christlich“ verstehen, die aufgrund ihres Widerwillens gegen eine gründliche Systemanalyse ihre eigene Glaubwürdigkeit und die Chancen für ein friedliches und freies Europa sabotieren.

Währungen währten noch nie

Helmut Schmidt verweist darauf, daß die Wechselkurse der Mark in den letzten 25 Jahren keineswegs stabil waren. Und er schreibt dann wörtlich weiter:

„Wer die von Amerika ausgehenden Währungsturbulenzen der letzten Jahrzehnte miterlebt hat, der sollte froh sein, daß die gemeinsame europäische Währung und die gemeinsame Europäische Zentralbank endlich die Chance eröffnen, sich des Übergewichts des kranken Dollars zu erwehren. Und wer den heutigen ‚Gemeinsamen Markt‘ ökonomisch betrachtet, der muß die Tatsache von über einem Dutzend Währungen innerhalb dieses Marktes für eine Absurdität halten und die deshalb alljährlich anfallenden rund dreißig Milliarden Mark internationaler Transaktionskosten für einen überflüssigen, höchst teuren Luxus ansehen.“

Auch hier ist unserem Exkanzler zuzustimmen. Nur ist die Zustimmung noch kein Beweis für die Richtigkeit des Weges, den er als Minister und Kanzler gegangen ist und den er uns heute als schreibender Zeitgenosse weisen will.

1966 hatte ich innerhalb eines Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg in einer schriftlich vorzulegenden Arbeit die Gelegenheit, mich intensiv mit der „*Problematik flexibler Wechselkurse ...*“ auseinanderzusetzen. Ich schrieb damals im Vorwort dieser Arbeit:

„Durch den Vergleich der beiden Wechselkurssysteme konnte festgestellt werden, daß die Problematik der flexiblen Wechselkurse nicht in der Anwendung dieses Systems, sondern in deren Einführung liegt.“

Verkrampftes Festhalten an überholten Theorien

Und ich verweise zum Schluß darauf, daß es bei der Beurteilung der Sachverhalte durch die Wirtschaftswissenschaftler nicht nur um Einsichten, sondern auch um Meinungsführerschaft, also um Glauben und Ergebnisse gruppenspezifischer Prozesse geht. Der Engländer John Strachey schreibt dazu in seinem Buch *Kapitalismus - heute und morgen* (Düsseldorf 1957):

„Viele verheerenden Fehlkalkulationen der klassischen Nationalökonomien wie auch der Marxisten sind daraus entstanden, daß man Lehrsätze mit unbeugsamer Logik in sozialen und politischen Umgebungen verfocht, zu denen sie nicht länger Bezug hatten und haben.“ (S. 122)

Notenbanken auf ihre originären Aufgaben beschränken

Kann eine Notenbank (z. B. Deutsche Bundesbank oder Europäische Zentralbank) überhaupt den Binnenwert und den Außenwert der Währung, für den sie zuständig ist, stabil halten? Nein, das kann sie nicht. Eine Notenbank kann man zwar mit dem Instrumentarium ausstatten, das sie in Lage versetzt, mit einer Abweichung vom Bruchteil eines Prozents ein stabiles Preisniveau zu sichern. Eine Notenbank kann aber nicht in die Lage versetzt werden, für stabile Wechselkurse zu sorgen, denn der Preis einer Währung, ausgedrückt in einer anderen Währung, wird wesentlich davon bestimmt, ob die Vergleichswährung(en) ebenfalls stabil ist (sind). Und die Stabilität ausländischer Währungen kann eben nicht die binnenländische Notenbank bestimmen. (Das gilt auch für eine europäische Zentralnotenbank.)

Stabilität der Wechselkurse ist auch erreichbar, wenn die betroffenen Notenbanken ihre Währungen im Gleichschritt in- oder deflationieren. Diesen theoretisch möglichen Gleichschritt herzustellen, dürfte praktisch aber unmöglich sein und ist ökonomisch auch nicht wünschenswert.

Notenbanken fehlt das Instrumentarium zur präzisen Geldmengendosierung

Warum gibt es so große Wechselkurschwankungen, die über die Abweichungen der Kaufkraftparitäten der betreffenden Währungen hinausgehen? Der wesentlichste Faktor dürfte sein, daß die Notenbanken die Geldmenge, die sie herausgeben (emittieren), nicht kontrollieren können. Sie können nicht sichern, daß das Geld national wie international seiner Hauptfunktion, nämlich den Austausch von Gütern und Leistungen zu ermöglichen, nachkommt. Die internationalen Finanzmärkte werden dominiert von Geld, das nicht dem internationalen Handel dient, sondern nur noch der Spekulation.

Kursmanipulationen widersprechen der Marktwirtschaft

Die Versuche der Notenbanken, durch Interventionen an den Devisenmärkten (durch Kauf oder Verkauf eigener Noten oder Devisen) die Kursbewegungen zu glätten oder in einen für ihren Geltungsbereich günstigen Trend zu drücken, stoßen erstens gegen die innere Logik der Marktwirtschaft, sind zweitens in der Regel vergebliche Versuche, weil die Reaktionen der Notenbanken von der Spekulation vorhersehbar sind, und drittens sabotieren diese Devisenmarktengriffe die innere Stabilität der Währungen. Wer sich auf die Systemlogik von Währungen einläßt, wird dann zum Schluß kommen, daß den Notenbanken der An- und Verkauf von Devisen überhaupt versagt wird oder daß solche Geschäfte (wie Karl Walker, „*Neue Europäische Währungsordnung*“, 1962, es fordert) völlig getrennt werden von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Versorgung des Binnenmarktes mit der richtigen Geldmenge.

Von der kranken Leitwährung Dollar zur kranken Leitwährung Euro

Wie konnte der Dollar, der ja eine nationale Währung ist, zu einer Leit- und Reservewährung, zu einer Art Weltwäh-

rung werden, und war die Dollarwährung zu Zeiten fixierter, Wechselkurse noch gesund? Und: Ist es erstrebenswert, daß eine Eurowährung die Funktion des Dollar im Weltmarkt übernimmt? Welche Probleme kommen auf uns zu, wenn der Dollar seine Stellung in der Welt einbüßt?

Nach meiner Einsicht konnte der Dollar zu seiner einmaligen Stellung unter den Währungen kommen, weil die USA als Siegermacht nach dem Zweiten Weltkrieg in der ganzen (freien) Welt politisch präsent waren, der Dollar im Vergleich zu anderen Staaten einen riesigen Binnenmarkt repräsentierte, dieser Binnenmarkt dem Modell der Marktwirtschaft am nächsten kam und daher besonders leistungsfähig war (dadurch auch ein Platz der Kompensation von Mängeln der Zentralverwaltungswirtschaften wurde) und die USA im Vergleich mit anderen Ländern ein relativ stabiles Preisniveau hatten.

Der Dollar ist von der Konstruktion her gesehen aber eine Nationalwährung und keine Weltwährung. Die Dollarnoten und -Münzen repräsentieren Ansprüche gegen den amerikanischen Binnenmarkt. Soweit der Dollar als Reservewährung in die Horte der Notenbanken anderer Länder, in die Kriegskassen ausländischer Regierungen, in die Strategiekassen von Unternehmen gelangte, hätte im Binnenmarkt des Dollargeltungsbereiches eigentlich eine Deflation ausgelöst werden müssen, wenn nicht durch die Notenpresse des Federal Reserve Systems für einen Ausgleich gesorgt worden wäre. Für die Vergangenheit bedeutet der Sachverhalt eine ständige Subventionierung der US-Volkswirtschaft durch ausländische Volkswirtschaften, weil die Gegenwerte für die nicht in den USA präsentierten Dollars nicht abgerufen wurden.

Auswirkungen der Eurowährung zum Dollarraum problematisch

Die Wirkung für die Zukunft ist für die USA nicht rosig. Verliert der Dollar seine Weltgeltung, weil das Vertrauen in ihn schwindet oder weil eine andere Währung interessanter wird, dann wandern die weltweit zirkulierenden und gehorteten Dollars zurück in die USA und lösen dort eine Superinflation aus.

Wir Deutschen haben aber keinen Grund zur Hämme. Unsere DM ist ja in

Kritik an EWU: keinesfalls nationalistisch

einer ähnlichen Situation wie der Dollar. Die Dimensionen sind nur kleiner.

Wechselkursprobleme der außereuropäischen Währungen bei Einführung des Euro

Was passiert in dem Fall, wenn die Euro-Währung mit der Regelung installiert wird, daß die Währungen der Mitgliedsländer zu einem fixen Kurs eingetauscht werden können? Die neue Eurowährung erhält gleich einen Inflationsschub, weil mehr an nationalen Währungseinheiten (besonders DM) bei der europäischen Notenbank angeboten werden, als vorher kalkulierbar ist. Wenn der Umtausch aber zu flexiblen Kursen vereinbart wird, dann müssen die Deutschen mit hoher Wahrscheinlichkeit einen großen Wertverlust hinnehmen, weil die aus den ausländischen Horten und irregulären Kreisläufen auftauchenden DM den DM-Kurs gegenüber der Eurowährung drücken werden.

Dollar-Imperialismus wurde in Zeiten fixierter Wechselkurse begründet

Nun zu der Frage, ob der Dollar zu den Zeiten fixierten Wechselkurse „gesund“ war? Er war es nicht. Der Austauschkurs zu anderen Währungen entsprach nicht seiner Kaufkraftparität. Das heißt, der Dollar mußte zu hoch bezahlt werden. Ich habe die Zahlen für die Überbewertung gegenüber der DM nicht parat. Die Unterbewertung der DM war aber erheblich. Diese Unterbewertung im Zusammenhang mit dem Ankaufszwang der deutschen Notenbank führte zu einer erheblichen Subventionierung der US-Dollar-Investoren in Deutschland und der deutschen Exporteure, die von der Gesamtwirtschaft über die Inflationierung ihres Geldes aufgebracht wurde. Hier wurde der Dollar-Imperialismus begründet, gegenüber dem die Atlantiker in der deutschen Politik blind waren. Und die us-amerikanische Wirtschaft und Politik war nationalistisch genug gesonnen, um nicht ohne Not diesen Vorteil der Herrschaft ihres Dollars von sich aus zu korrigieren.

Schon einmal sorgte ökonomischer Druck zur Ablösung fester Kurse

Es war weniger ein Streben nach Gerechtigkeit zwischen den Völkern, das zu einem Systemwechsel von fixierten zu mehr freien Wechselkursen geführt

hat; auch war es nicht so sehr die Einsicht der Ökonomen, die den Kurswechsel im internationalen Zahlungsverkehr erzwangen, sondern vielmehr der ökonomische Druck aus den benachteiligten Volkswirtschaften. Den Mut zu wirklich freien Wechselkursen hatte man aber nicht. Emminger von der Bundesbank sprach von kontrollierter Flexibilität (lt. Eilmar Rosenbohm in „*Internationale Währungsordnung*“, *Zeitschrift für Sozialökonomie*, April 1970). Später sprach man vom *schmutzigen Floating*.

Mit der Schaffung einer europäischen Währung sind also keinesfalls die Weltwährungsprobleme schon gelöst. Denn es ist, von der Weltebene her gesehen, kein Fortschritt, wenn der Dollar durch eine europäische Währung abgelöst würde.

Gesell, Keynes und Walker boten bessere Lösungen

Man kann den Eindruck gewinnen, daß in der Politik die Irrationalität bei den Zielerreichungsmaßnahmen einen besonderen Stellenwert hat. Wäre es anders, würde man doch einmal das zu lösende Problem beschreiben, dann die bereits erarbeiteten Lösungsvorschläge durch neue ergänzen, alle einzeln auf ihre Schlüssigkeit und Nebenwirkungen überprüfen und nach Möglichkeit das Risiko einer Fehleinschätzung und -Entscheidung durch ein empirisches Experiment in einer kleinen Einheit begrenzen. Wäre man so vorgegangen in bezug auf nationale und internationale Währungsprobleme, wäre man auf Silvio Gesells *Internationale Valuta Assoziation*, auf John Maynards Keynes *Bancor-Währung* und Karl Walkers *Neue Europäische Währungsordnung* gestoßen. Meiner Erinnerung nach erhielt Walker für seinen Vorschlag seinerzeit aus Brüssel Lob.

Vorschlag Waigels übernommen: Europas Währung soll Euro heißen

Laut einem Bericht der HAZ vom 2. Oktober sind sich die Finanzminister der Europäischen Union einig, den beschlossenen Fahrplan zur Einführung der Euro-Währung zum 1. 1. 1999 einzuhalten. Nur über den Namen der Währung sei man sich noch nicht einig.

„Der Bonner Finanzminister plädierte für die Bezeichnung ‘Euro’, die in den einzelnen Ländern jeweils mit dem traditionellen nationalen Währungs-

namen zu ‘Euro-Mark’ oder ‘Euro-Gulden’ verbunden werden könnte.“

Ein solcher Vorschlag wurde wohl gemacht, um nationale Widerstände abzuschwächen. Die Regelung ist ein fauler Kompromiß und eine Roßtäuscherei, da doch das Geld nicht nur jeweils in den Grenzen der Mitgliedsländer umlaufen wird. Es schafft nur Verkehrsunsicherheit, wenn der Name für das neue Geld nicht eindeutig ist. Karl Walker schreibt in seinem bereits erwähntem Buch „*Neue Europäische Währungsordnung*“:

„Wir haben an die Stelle der Gesell’schen IVA-Note oder des Keynes’schen Bancors den Begriff ‘Europa-Mark’ gesetzt. Die ‘Mark’ ist ein sehr alter europäischer Rechnungsbegriff, ursprünglich ein Gewichtsbe-griff, der von Schweden, Dänemark, im 9. Jahrhundert über England (10. Jahrhundert) in die romanischen Länder eindrang und das römische Pfund verdrängte. Als Münze wurde sie im 16. Jahrhundert in den Hansestädten zu 16 Schilling ausgeprägt. Im Deutschen Reich wurde sie aber erst 1871 Währungseinheit im heutigen Sinne, nachdem Finnland seine Markka wenige Jahre zuvor (1864) als Währungseinheit eingeführt hatte.

Für den Sinn der Sache kommt es nicht auf die Bezeichnung an; es könnte auch jede beliebige Benennung gewählt werden - so hat beispielsweise der USA-Senator Fulbright schon 1952 einen ‘Europa-Dollar’ empfohlen. Was aber bei diesem Vorhaben prinzipiell vermieden werden sollte, das ist: daß eine der bestehenden Währungen als Währung des Gemeinsamen Marktes übernommen wird.“
(S. 119)

Wenn Geldverwalter nur wüßten, was Geld ist

Karl Walker war es auch, der sich recht früh um eine Klärung des Geldbegriffes bemüht hat (*Das Buchgeld*, 1951). Konstrukteure und Praktiker, die eine Betonbrücke bauen wollen, müssen wissen, was Beton ist. Sie können nicht alles zu Beton erklären, was sich mischen läßt. Unsere Notenbank, die meisten Währungstheoretiker und -politiker erklären aber alles zu Geld, womit eine Rechnung beglichen werden kann. Auf dieser Basis läßt sich keine funktionsgerechte Währungsbrücke bauen.

In seiner Kritik der Kritik von leitenden Bundesbankangehörigen an der Währungsunion verweist Helmut Schmidt darauf, daß das Grundgesetz nichts über die Aufgaben der Bundesbank sagt. Das Bundesbankgesetz würde die Unabhängigkeit der Bundesbank regeln und sie verpflichten

„unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“ ... „Das Gesetz bietet der Bundesbank keinerlei Legitimation zur öffentlichen Propaganda gegen den von der Bundesregierung geschlossenen und vom Parlament ratifizierten Maastrichter Vertrag ...“

Ich kann den Groll von Schmidt verstehen. Ich glaube aber, er hat keine Ahnung davon, wie es ist, wenn man gegen die Apparate Bundesbank, Bundesregierung und Massenmedien wie in einem schallschluckenden Raum argumentieren muß, ohne die Chance zu haben, die wachen Bürger zu erreichen.

Bundesbank mahnt zu recht

Mein Groll auf die Bundesbank würde sich - wenn man ihn messen könnte - vermutlich als größer erweisen, als derjenige von Helmut Schmidt. Trotzdem verteidige ich in bezug auf die Währungsunion die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesbank. Egal ob die Kritik aus organisationsegoistischen Motiven oder aus Sorge um das Gemeinwohl formuliert wurde und wird, sie hilft immerhin dazu, daß das in der Öffentlichkeit total unterbelichtete Thema Währung durch eine Nachbelichtung doch noch in seinen Konturen sichtbar wird.

In meinem Schrieb an den Bundestag und die Landtage vom November 1991 mit dem Titel *Die Verfassungs-Piraten* leite ich den Abschnitt „Währung“ wie folgt ein:

„Der Artikel 88 GG lautet kurz und bündig: ‚Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.‘ Und im Artikel 73 heißt es: ‚Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... das Währungs-, Geld- und Münzwesen, Maße und Gewichte sowie die Zeitbestimmung.‘ Es wäre sicher interessant, an Hand der Protokolle und Aussagen von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates herauszufinden, wie die Kürze des Bundesbankartikels zustande gekommen ist. Ich vermute, die Mitglieder des Parla-

mentarischen Rates waren entweder in bezug auf das Sachthema Währung unkundig, oder sie haben vor der als schwierig eingestuften Materie kapituliert und waren froh, als ihnen einge-flüstert wurde, es genüge, wenn sie den Artikel wie oben zitiert beschließen würden.“

Allein der Bundesbankartikel im Grundgesetz beweist schon, daß die Einstufung des GG als vortrefflich oder nicht überragend eine rein ideologische ist. Es wäre doch ein interessantes Dissertations- oder Habilitationsthema: Vergleichende Studie über den Stand des Sachverständigen der Abstimmungsberechtigten bei der Entscheidung für den Bundesbankartikel im Grundgesetz und der Zustimmung zur Währungsunion im Maastrichter Vertrag. Ich denke, in diesem Zusammenhang sind weniger die Abstimmungsberechtigten zu kritisieren als vielmehr jene Menschen, die sich für die Forschung und Aufklärung in diesem Sachbereich bezahlen lassen, ihrer Aufgabe aber nicht oder nicht genügend nachkommen.

Europäische Zentralbank sollte die Widersprüche des Bundesbankgesetzes nicht übernehmen

Eine widersprüchliche Aufgabenstellung, wie das Bundesbankgesetz sie für die Deutsche Bundesbank formuliert - einerseits Unabhängigkeit der Bank und Verpflichtung zur Stabilität und andererseits Verpflichtung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Regierung - sollte den künftigen HüterInnen der Eurowährung nicht gestellt werden. Auch eine Spaltung der Geldversorgung (Münzhöhe bei der Bundesregierung und Notenmonopol der Bundesbank) sollte auf Europaebene in jedem Fall vermieden werden. Einmal würden dadurch unnötige Konflikte zwischen den Mitgliedern (Nationalregierungen) der Währungsunion und zwischen dem Block der Nationalregierungen (oder nationalen Einzelregierungen) und der europäischen Notenbank vermieden, und zweitens wäre dann das Emmissionsrecht ganz bei der Institution, die allein für die Geldwertstabilität verantwortlich ist. Und damit „Verantwortlichkeit“ nicht nur eine schöne Vokabel für Fenster- und Sonntagsreden bleibt, müssen die Gehälter der Verantwortlichen mit empfindlichen Abschlägen versehen werden, wenn sie ihrer Verantwortlichkeit für die Stabilität

nicht gerecht werden. So etwas nennt man Rückkoppelung, und diese wirkt viel besser als Strafandrohungen oder öffentliche Beschimpfungen.

Haltloser Nationalismuskritik

Sicherlich gehört für einen Nationalisten eine eigenständige Währung zu einem Definitionsmerkmal seiner Nation. Nur scheint es mir völlig ungerechtfertigt, wenn Schmidt die Kritik an der Währungsunion als „DM-Nationalismus“ abqualifiziert. Als DM-Nationalismus würde ich viel eher den zentralistischen und obrigkeitstaatlichen Zugriff auf die Vermögen der Bürger der ehemaligen DDR und der Alt-BRD zum Zwecke der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates verstehen.

Unter Zagen und Zaudern ist von Oliver Schumacher ebenfalls in der ZEIT vom 29. September zu lesen:

„Schreckgespenst Währungsunion. Fast vier Jahre nach der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages steckt das europäische Großprojekt in einer Vertrauenskrise.“

Zu erfahren ist, daß die mittelständischen Unternehmen Angst davor haben und die Großbanken - argwöhnisch beäugt von den Genossenschaftsbanken und den Sparkassen - zu der Speerspitze der Europabegeisterten gehören, daß aber nach heutigem Stand nur Deutschland und Luxemburg den Sprung über die Beitrittschancen schaffen.

„Gute Voraussetzungen hätten noch Großbritannien und Dänemark, aber beide wollen nicht mitmachen.“

Es wird der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Banken, Manfred Weber zitiert:

„Wir sind wirklich besorgt über die negative Stimmung im Land.“

Weiter meint Weber:

„Wir brauchen jemanden, der - wie damals Ludwig Erhard für die Soziale Marktwirtschaft - werbend für Währungsunion durch das Land zieht und die Leute unermüdlich zu überzeugen versucht.“

Der Schlußsatz von Schumacher lautet:

„Bonn muß im Inneren und Äußeren noch viel, viel Überzeugungsarbeit leisten.“

Dazu ist Zweierlei zu sagen:

Kritik an EWU: keinesfalls nationalistisch

1. Bonn muß sich erst einmal schlaumachen und dann ehrlich und offen die Bürger über mögliche Modelle von Währungsverfassungen für Europa und deren Wirkungen aufklären. Das Motto: „Den Nebel in unseren Köpfen müssen wir mit Durchhalteparolen und Propaganda überwinden“, könnte sich für alle Europäer katastrophal auswirken. Helmut Kohl könnte sonst später nicht als der große Kanzler der deutschen und europäischen Einheit beschrieben werden, sondern als ein Teddybär, der es verstanden hat, den Leuten vorzugaukeln, er habe die Kraft eines richtigen Bären.

2. Ein Ludwig Erhard hätte sich bestimmt nicht für ein gutes Ziel, mit dem Schindluder getrieben wird, hergegeben. Er wäre auch bestimmt nicht der Meinung gewesen, daß das Projekt nur eine Sache der Großunternehmen und der staatlich finanzierten Experten und Propagandisten gewesen wäre. Und er hätte vermutlich auf mehr Klarheit und Wahrheit gedrungen. Im Geleitwort der ersten Ausgabe (1949) der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“, das von Erhard, Hielscher, Kromphardt, Lautenbach und Schönwandt gezeichnet wurde, heißt es:

„Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es sein). Diesem Ziel näherzukommen, erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen, aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzichtigen Gruppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an, sondern jedermann. ...

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten 'realen Voraussetzungen') sind und wie sehr die Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Wäh-

rung abhängen, mag nun ein Land 'arm' oder 'reich' sein.

Die 'Währung' ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der 'Wirtschaft' hätte. Sie ist 'nur' eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungstoffen von Organismen. Aber RICHTIGES GELD ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung. ...

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindert Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an einen engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt. ...

Thomas Gack schreibt unter dem Titel Eurogeld in der HAZ vom 2. 10. 1995:

„Doch obgleich die Deutschen im Kreis der EU-Partner knallhart nahezu alle ihre Vorstellungen durchsetzen konnten, wird in der sensiblen deutschen Öffentlichkeit von interessierter Seite weiter europessimistisch die Angst vor dem 'künstlichen Esperanto-Geld' geschürt.“

Auch wenn dem so ist, ist das weder ein Gewinn für die Deutschen noch für die anderen Europäer. Einfach deshalb, weil zu viele „deutsche“ Vorstellungen unklar und unwahr sind. Nicht einmal eine Vergrößerungskopie der Bundesbank für Europa wäre für uns und unsere Nachbarn ein Gewinn, weil die Probleme, die noch erkenntnismäßig von den Akteuren durchdrungen werden müssen, sich in noch größeren Einheiten, als sie der Geltungsbereich der DM darstellt, noch schwieriger politisch und sachlich lösen lassen. Besonders im Bereich der Währungsfragen ist schwer zu erkennen, ob ihre Klärung durch falsche Vorstellungen, Gruppeninter-

sen oder gar von geheimen Mächten behindert wird. Der Verweis auf „interessierter Seite“ ist dabei zu schwammig und hat wenig Informationswert. Gack schreibt an anderer Stelle:

„Wann endlich werden Finanzminister Waigel und Bundesbankpräsident Tietmeyer in der deutschen Öffentlichkeit offensiv und engagiert das Ziel verteidigen, das sie sich selbst gesetzt haben? Wann werden sie den Bürgern erklären, daß die 'Euro-Mark' so hart werden wird wie die alte D-Mark.“ ...

Verweigern wir uns den „Autoritäten“ ...

Wenn einem Räuber auf dem Weg zur Bank das Gewissen schlägt, dann sind wir doch froh darüber, daß er seinem Gewissen folgt und den Bankraub unterläßt. Nach den Erfahrungen im und mit dem Hitlerdeutschland erwarten wir von einem General doch auch, daß er sich einer militärischen Operation verweigert, wenn er sie mit seinem Gewissen und seinen Einsichten nicht in Einklang bringen kann.

... sonst sitzen wir Hochstaplern auf

Sollten wir nicht froh darüber sein, daß ein Bundesbankleiter und ein Finanzminister Bedenken äußern, wenn sie sie haben? Politisches Handeln wird sonst bald wieder mit gewissenlosem Handeln gleichgesetzt. Die Fünfzig-Jahre-Feiern erinnern uns doch daran, daß wir diesen Tatbestand im unerträglichen Maße bereits hatten. Und wer unter den gegebenen Voraussetzungen eine stabile Euro-Mark verspricht, ist ein Hochstapler. Eine stabile Europawährung kann sich beim jetzigen Planungsstand nur als Zufallsergebnis in einem Zeitpunkt, nicht für einen Zeitraum, einstellen.

Dirk Löhr formuliert seinen Schlußabsatz in seinem Artikel „Europäische Zentralbank - Europäische Währungsunion: Das Ende der Stabilitätskultur“, der vor der Ratifizierung der Verträge geschrieben wurde, indem er A. Zink und R. Vaubel zitiert:

Die Verträge von Maastricht sind (...) ein Rückfall in den Merkantilismus. Seinerzeit kämpften Physiokraten und klassische Liberale hiergegen an. Für diejenigen politischen Kräfte, die sich in ihrer geistigen Tradition befinden, gilt es, in dieser Zeit des wirtschaftspolitischen Rückschrittes den Kampf wieder aufzunehmen. Auf das Maa-

strichter Vertragswerk bezogen heißt dies konkret: Wenn es richtig ist, daß eine stabile Währung wichtiger als eine gemeinsame Währung ist, so ist von dem Maastrichter Vertragsentwurf abzuraten.'" (Zeitschrift für Sozialökonomie, 93 Folge, Juni 1992, S. 16)

Die Maastrichter Verträge sind ratifiziert. Sie können nicht einfach aus der Welt geschafft werden. Die Verträge müssen aber nachgebessert oder gekündigt werden. Wenn eine Kündigungsmöglichkeit nicht vorgesehen ist, ist das mehr als politischer Leichtsinn.

1.2 Zusammenfassung / Merkzettel für die weitere Diskussion

Was ist nun zusammenfassend in bezug auf die europäische Währungsunion zu bedenken? Ich mache meine Aufzählung ohne Rangfolge und ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Die Schaffung einer Europa-Währung kann uns nicht davon befreien, über die künftige Gestaltung des Weltzahlungssystems nachzudenken. Der US-Dollar muß aus ökonomischen und politischen Gründen seine Rolle als Weltwährung verlieren und weder die DM noch die neue Europawährung dürfen die Rolle des Weltgeldes übernehmen.
2. Wenn eine Europa-Währung installiert werden soll, muß vorher klar sein, was unter dem Begriff Geld verstanden wird. Wenn von der (nach meiner Meinung falschen) Annahme ausgegangen wird, daß Buchgeld auch Geld ist, muß der Notenbank ein viel größeres Eingriffsrecht in die „Wirtschaft“ zugestanden werden, als wenn das nicht der Fall ist. Eine Klärung kann Freiräume bewahren und Bürokratismus vermeiden helfen.
3. Wenn der Notenbank ein Spielraum für Politik zugestanden wird, dann muß sie einen demokratischen Unterbau erhalten. Wird die Arbeit der Notenbank einem klaren Regelwerk unterworfen, genügt eine parlamentarische Kontrolle.
4. Die Regierungen der Mitgliedsländer dürfen keinen Zugriff auf die Notenpresse und Münzpräganstalten bekommen.
5. Das Notenemissionsrecht und das Prägerecht für Münzen gehören beide in die Hand der Zentralbank.

6. Die Notenbanken haben heute erhebliche Schwierigkeiten mit der Geldmengensteuerung und somit mit der Preisniveaustabilität, weil sie die Umlaufgeschwindigkeit (oder besser den Ausnutzungsgrad) des Geldes nicht beherrschen. Als Umlaufsicherung dienen heute der Zins und die Inflationierung. Beides sind destruktive Elemente in der Währungspolitik. Wenn wir Fortschritte in der Ökonomie erzielen wollen, muß die Europa-Währung (müßten alle Währungen) mit einer neuen konstruktiven Umlaufsicherung ausgestattet werden.
7. Die Wechselkurse zwischen der Europa-Mark und anderen Währungen müssen frei sein.
8. Der europäischen Zentralbank muß es untersagt werden, auf Devisenmärkten als Käufer oder Verkäufer tätig zu werden. Sie braucht daher auch keine Reserven in Devisen oder Gold für Devisenmarktinterventionen. Die Haltung solcher Reserven ist ein binnen- und außenwirtschaftlicher Störfaktor. Für die Liquidität der Unternehmen in ausländischer Währung sind die Geschäftsbanken und Devisenbörsen zuständig.
9. Diese Zentralbank benötigt ebenfalls für die Deckung kein Gold, keine Devisen oder andere Wirtschaftsgüter. Das Geld erhält seinen Wert durch seine Funktion und behält ihn bei konstantem Umlauf durch die richtige Mengendosierung.
10. Die neue Zentralbank muß in die Lage versetzt werden zu verhindern, daß ihre Zahlungsmittel in Reservehorte anderer Notenbanken oder Wirtschaftsunternehmen wandern.
11. Die Notenbank muß das Recht erhalten, die Noten und Münzen gebührenpflichtig aufzurufen, um so diese Währung für Großräuber und Fälscher uninteressant zu machen.
12. Die Notenbank erhält kein Recht, die Geschäftsbanken mindestreservepflichtig zu machen. Eine Mindestreservepflicht ist ein unnötiger Eingriff in die Eigentumsrechte der Bürger, denn die Einlagen in den Banken repräsentieren legitime Ansprüche auf Güter im Markt. Die Kosten einer Mindestreservepflicht schmälern den Ertrag der Banken und gehen letztlich zu Lasten der Schuldner. Die Mindestreserve kann keine Bank vor dem Konkurs retten. Auch ist die

Mindestreserve kein Garantiefonds, aus dem Einleger befriedigt werden können, wenn eine Bank in Zahlungsschwierigkeiten gerät.

13. Wenn es richtig ist, daß Buch- oder Giralgeld kein Geld ist, und daß es keinen Einfluß auf die Währungsstabilität hat, dann tangiert die Tätigkeit der Geschäftsbanken nicht den Aufgabenbereich der Notenbank. Meldepflichten über Einlagen und Ausleihungen und von den Geschäftsbanken abzuliefernden Statistiken sind auf ein erforderliches Minimum zu reduzieren. Falls ein Europakontrollamt für das Kreditwesen eingerichtet wird, hat dieses Amt kein Vormund für privat- und öffentlichrechtliche Unternehmen im Bankensektor und deren Kunden zu sein. Die Risiken der Geschäftsbanken liegen mehr in staatlicher Wirtschaftspolitik und in den Entscheidungen der Notenbank als in Fehlentscheidungen von Gesellschaftern, Leitern und Kunden der Geschäftsbanken.
14. Die Notenbank muß nach Einführung einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes ihre Zinssätze für Kredite an die Geschäftsbanken und Regierungen höher ansetzen als der Geld- und Kreditmarkt, damit erst das bereits ausgegebene Geld in den Umlauf kommt, bevor die Notenbank neues Geld ausgibt. Die Notenbankzinssätze verlieren dadurch ihre Leitfunktion. Die Kommentatoren im Wirtschaftsteil der Zeitungen haben wesentlich weniger zu tun.
15. Das Instrumentarium der Geldmengensteuerung muß wirtschaftspolitisch neutral, mengensteuerungswirksam und aus Gründen der Transparenz einfach und klar sein.
16. Wenn sich herausstellen sollte, daß die Geldmengensteuerung durch den Zahlungsverkehr mit Scheckkarten und den elektronischen Datenaustausch gestört wird, muß die Notenbank das Recht erhalten, diesen Zahlungsverkehr zu stoppen oder einzuschränken. Die Beweislast muß dann bei der Notenbank liegen. Es muß dann eine neutrale Widerspruchsstelle für die Geschäftsbanken benannt werden. (Nach meiner Einsicht können die modernen Zahlungsmittel nur einen Einfluß auf die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes haben.) Wenn die

Kritik an EWU: keinesfalls nationalistisch

Notenbankleitung zu dem Schluß kommen sollte, der Druck von Papiergeld und die Prägung seien im Elektronikzeitalter überholt, sie emittiere in Zukunft Geld nur noch elektronisch, also ohne Geldscheine und Münzen (was ich für möglich halte, was aber nichts mit dem zu hat, was unter dem Begriff Giralgeldschöpfung abgehandelt wird), dann sollte dies der Zustimmung aller nationalen Gesetzgeber bedürfen, weil es ein wesentlicher Eingriff in die Rechte des einzelnen ist, wenn er gezwungen wird, ein Konto zu eröffnen und alle seine Zahlungsvorgänge buchhalterisch erfassen zu lassen. Der Schritt zur totalen Kontrolle ist dann nicht mehr groß.

17. Die Notenbankleitung muß materiell an der Einhaltung des Stabilitätszieles durch ein System von Belohnung und Bestrafung (Prämien und Abzüge vom Gehalt) interessiert werden.
18. Da in den europäischen Ländern unzählige Verträge mit langfristigen Leistungsvereinbarungen in jeweiliger Landeswährung bestehen, muß es meiner Einsicht nach, um den Rechtsfrieden zu wahren, eine gesetzliche Regelung für die Zeit geben, wenn die nationalen Währungen aufgehört haben zu bestehen. Ich bin mir unsicher, ob ein Kaufkraftparitätenvergleich im Jahr der Umstellung reicht.
19. Da die Notenbank keine Geschäftsbank mit Aktionären, sondern ein Amt sein soll, muß geregelt werden, mit welchem Schlüssel welche Staatshaushalte an den nicht gedeckten Kosten und die Überschüsse beteiligt werden sollen.
20. Da wir uns ja auf den Weg machen wollen in eine Zukunft mit Freiheit und Wohlstand, müssen europäische Individuen und Gruppen von Wirtschaftsbürgern unabhängig von nationalen Grenzen ihre eigene Währung kreieren können, wenn die Zentralnotenbank (sagen wir) mehr als ein Jahr lang ihre Zielvorgaben nicht erfüllt. Dies macht der Politik und den NotenbankleiterInnen (neben der Methode, die unter Punkt 17 genannt wurde) schnelle Beine. ■

In unserem nächsten Heft setzen wir diesen Beitrag über die Europäische Währungsunion von Tristan Abromeit fort mit dem Unterthema:

„Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung.“

Eine Warnung vor dem Europäischen Binnenmarkt aus dem Jahr 1926

*Natürlichem genügt das Weltall kaum,
was künstlich ist, verlangt geschlossenen Raum.
Goethe im „Faust“*

Immer lauter erschallt der Ruf nach dem europäischen Zollverein. Ernsthafte Männer diskutieren ernsthaft das Problem . . .

Der Sperrzoll wird Europa in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandeln ... Dieses so künstlich geschlossene Wirtschaftsgebiet wird, da zu klein (die Industrie braucht die Produkte und damit auch die Absatzmärkte der ganzen Welt), immer bei allen Unternehmern das Gefühl des Beengtseins erwecken und damit den Wunsch nach Erweiterung des künstlich durch die Zollunion geschlossenen Wirtschaftsgebiets auslösen. Damit legen wir unser Schicksal wieder in die Hände von Imperialisten, die zur Erreichung ihrer Ziele kein anderes Mittel wissen als die Gewalt . . .

Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat . . . Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg. Und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und die mongolische Zollunion treiben werden . . .

Darum: Reiner Tisch, ganze Arbeit. Keine europäische Zollunion, sondern Weltfreihandel, der allein die imperialistischen Triebe bändigen kann. Wer daher den Frieden wirklich will, der fordere die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen. Es ist das einzige, was er zu tun braucht und was er überhaupt tun kann. Die günstigen Wirkungen werden sich bald genug bemerkbar machen, und diese werden dann alle anderen Staaten zur Nachahmung veranlassen. Dann haben wir in kurzer Zeit den Weltfreihandel, ohne daß es nötig gewesen wäre, ein Wort darüber zu verlieren, ohne Konferenzen und Kongresse und Geschwätz.

Silvio Gesell,

*Der vereinigte Unsinn von Europa - Gegen den europäischen Zollverein,
in: Die Freiwirtschaft, 8. Jg., 1926, Nr. 2, S.17 - 22*

Zitiert aus: Zeitschrift für Sozialökonomie 93/1992
Gauke Verlag GmbH, Abt. Fachverlag für Sozialökonomie
Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg

ERLÄUTERUNGEN

Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung

2. Folge des Beitrags „Die Europäische Währungsunion“ von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion:

Die Reaktionen auf die erste Folge in DDW 2/1996, Seiten 7 ff, waren ausnahmslos positiv - mit einer Einschränkung: Der Beitrag sei zu lang gewesen. Diesen Eindruck hatten wir auch und trugen ihn dem Autor vor. Sein Argument, der Beitrag sei erst abgerundet, wenn alle Facetten erkennbar und auch seine persönlichen politischen Erleben mit einbezogen würde, hat uns überzeugt. So, als habe er solche Einwände schon erwartet, schreibt er in seiner Schlußbemerkung:

„Für Zeitungsredaktionen müssen schon außergewöhnliche Umstände vorliegen, wenn sie einen Text dieser Länge abdrucken. ... Die komprimierte Darstellung der Fakten ist ... keine Garantie dafür, daß ein Text gelesen und verstanden wird. Wie soll auch das Ringen um die Erfassung und Lösung der Währungsprobleme dargestellt werden, wie soll die Neugierde geweckt werden, wenn nicht die Fakten mit Personen verknüpft werden?“

Nun, die „außergewöhnlichen Umstände“ liegen vor, sowohl in den absolut verworrenen Vorbereitungen zur Europäischen Währungsunion als auch im vergeblichen Bemühen, die vorgegebenen Kriterien zu erfüllen. Hinzu kommt Tristan Abromeits sachliche und überzeugende Art des Schreibens, die das Dunkel in europäischen und in Währungsfragen erhellen. (ws)

2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung

Ich beschreibe nachfolgend nicht aus Eitelkeit - von der ich sicher auch nicht ganz frei bin - mein Selbstverständnis und die Basis meiner Kritik, sondern um eine Bewertung - wo sie von der Sache her gesehen dem Leser nicht unmittelbar möglich ist - zu erleichtern. Politik ist eben nicht nur Sache, sondern auch Ausdruck von handelnden Personen und deren Biographien.

Ich habe mich bemüht, für und nicht gegen ein neues Europa zu schreiben. Ich verstehe mich dabei als Bürgerrechtler und Systemkritiker, der sich von der Einführung der Marktwirtschaft und vom konsequent angewandten Föderationsprinzip auch im privatrechtlichen

Bereich eine Reduzierung von staatlicher Organisation auf ein gesundes Maß und damit eine Emanzipation der Bürger und einen Fortschritt der Gesellschaft verspricht. Es ist eine undankbare Rolle, weil:

1. die öffentliche Meinung dem Bürger suggeriert, für eine solche Rolle bestände bei uns kein Bedarf;
2. die meisten Systemkritiker und Bürgerrechtler noch marxistisch-zentralistische oder staatsinterventionistische Zielvorstellungen im Kopf haben;
3. die Vernetzung dieser Opposition, die sich nicht durch die Mitgliedschaft in einer bestimmten Partei oder Großorganisation definiert, unterentwickelt ist und
4. die Vorstellung herrscht, wir würden in einer freien, demokratischen Gesellschaft mit einem marktwirtschaftli-

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
 - 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
 - 1.2 Zusammenfassung / Merktzettel für die weitere Diskussion
- Anhang: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (in diesem Heft)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zum Teil 1 und 2

3. Folge (erscheint im April 1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte
 - 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
 - 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“
 - 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus
 - 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
 - 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei!“
Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die 'Bauernfänger'“

chen System und geordneten Währungsverhältnissen leben.

Angepaßter Journalismus

Den Journalismus halte ich bei uns auch nicht für mutiger und kritischer als in der untergegangenen DDR. Die Journalisten füllen hier auch nur einen gesellschaftlich vorgegebenen Rahmen aus. Da dieser weiter gefaßt ist, kommt es in bezug auf Gründlichkeit, kämpferischer Wahrheits- und Freiheitsliebe zu einer (Selbst-)Täuschung.

Durch Wurzel und Erfahrung Europäer, aber dennoch Deutscher

Ich bin als Oldenburger geboren, in einem Land, das es nicht mehr gibt. Vermutlich werde ich als Niedersachse sterben. Ich wünsche mir, daß ich das ehemalige Memelland und Ostpreußen - der Heimat meiner väterlichen

Innenansichten eines unermüdlischen Freiwirtschaftlers

Familie - noch als Teile einer europäischen Modellregion Baltikum erlebe, in der Folgendes schneller erreicht wird als in Gesamteuropa: Die konstruktive Aufarbeitung der Vergangenheit, die Schaffung der gewollten Vielfalt in der Einheit. Und die Schaffung eines Wohlstandes aller aus eigener Kraft ohne Widerspruch zu ökologischen Forderungen durch Abwerfen von theorieökonomischem und ideologischem Ballast aus Ost und West.

Der Gedanke, daß die nachfolgende Aussage Teil einer Rede an meinem Grabe - das hoffentlich noch auf sich warten läßt - sein könnte, macht mich zufrieden:

„Er war von der Gesinnung her Weltbürger, er wurde noch europäischer Staatsbürger, sein Vaterland ist Deutschland seine erste Heimat - Barßel und Elisabethfehn - liegt zwischen Ostfriesland, dem Ammerland und dem Saterland, die zweite wurde die Deutsche Bucht und die Ostsee und die dritte wurde nach Verweilen in Groß- und Kleinstädten das Steinhuder Meer. Zuletzt zog es ihn zur Memel (?). Zu seinen Vorfahren gehörten Ostfriesen und Ostpreußen, Holländer und Litauer. Er war stolz, ein Deutscher zu sein, so wie Niederländer oder Dänen stolz sind, Teile ihres Volkes zu sein. Er wußte, daß der nationale Selbsthaß wie die nationale Überhöhung gemeinschaftsunfähig macht.“

Selbstbewußte Europäer

Ich bin in bezug auf die Verteidigungspolitik mehr Europäer als jene in Bonn und Brüssel. Ich würde unseren amerikanischen Freunden sagen: Es ist an der Zeit, daß wir die Nato in der alten Form auflösen. Wir bedanken uns für Eure Hilfe in der Vergangenheit. Wir können uns inzwischen selbst verteidigen. Wenn ihr nach Hause geht, können die baltischen Staaten, Polen und andere Kandidaten Mitglied in einem rein europäischen Verteidigungsbündnis werden, ohne daß sich Rußland bedroht fühlen muß und ohne daß es weiter sein Gesicht verliert. Eure Rolle als Weltpolitisten muß - damit sie von nationalistischen Tendenzen befreit und allseits akzeptiert wird - von einer weiterentwickelten Uno übernommen werden. Ihr habt - wie wir Europäer - genügend Probleme zuhause zu lösen. Freunde bleiben auf Dauer nur gern gesehen, wenn sie auch wieder gehen können.

Wirtschaftliche Gerechtigkeit zwischen Europa und den USA

Die USA und andere Länder dürfen aber im Handel mit Europa nicht benachteiligt werden. Ein protektionistisches Europa ist von den Wurzeln her zu bekämpfen (siehe DDW 2/96, S. 16). Die Bananenimportregelung ist ein erschreckendes Beispiel dafür, was auf uns zukommen kann. Berechtigt ist die Abwehr von Dumping und Preisverfälschung durch Subventionen der außereuropäischen Exportländer. Aber andererseits muß schon aus Gründen der Chancengleichheit im Wettbewerb Europa gegenüber den Exporteuren der nichteuropäischen Länder die Umweltstandards durchsetzen, die es innereuropäischen Unternehmen auferlegt.

Die Welt braucht ein ökonomisches Gleichgewicht

Es ist für die Menschen in Europa kein Gewinn, wenn hier Massen von Menschen ohne Erwerbsarbeit nur wohlfahrtsstaatlich finanziert werden, damit sie Waren kaufen können, die in Billiglohnländern für einen Hungerlohn produziert wurden. Das Prinzip der offenen Grenzen setzt voraus, daß die ökonomische Welt mehr ins Gleichgewicht gebracht wird als bisher. Dies würde auch den Zuwanderungsdruck mildern, der auf den europäischen Ländern lastet. Die Asyldebatte würde an Schärfe verlieren. Es ist dazu nicht erforderlich, die Arbeitseinkommen der europäischen Bürger noch mehr zu schröpfen, sondern es sind die Strukturen zu ändern, die eine Vollbeschäftigung überall verhindern. Ein bedeutendes, vollbeschäftigungshemmendes Strukturelement ist - wie an anderer Stelle schon gesagt - die Währungsverfassung.

Befreiung von jeglichem Zwang

Damit auch die Freizügigkeit der Europäer für Arbeitnehmer praktikabel wird, müssen die sozialen Sicherungssysteme von staatlichen Zwangskollektiven auf privatrechtliche, freiheitliche Kollektive umgestellt werden. Eine solche Regelung ist wirtschaftlich effektiver, sie mindert die Begehrlichkeit, via Staat Leistungen anderer ohne Vor- oder Gegenleistungen anzuzapfen und ermöglicht die Mitnahme und den weiteren Aufbau von Ansprüchen (im Versorgungsfalle) an jedem Platz in Europa und der übrigen Welt. Der weitere Vorteil wäre, daß die Grenzen zwischen der

Ökonomie von Arbeitnehmern und jener von Arbeitgebern klarer gezogen wären. Das Gejammer über die Lohnnebenkosten würde aufhören, der Arbeitnehmer könnte sich vom Mündel der Sozialpolitik zum Unternehmer entwickeln, der seine Fähigkeiten vermarktet.

Der Sozialismus Marxscher Prägung in den Staaten Osteuropas ist nach meiner Einsicht im wesentlichen an seiner zentralistischen Prägung und seinen theoretischen Mängeln zugrunde gegangen. Der Zentralismus, der - mehr aus Hilflosigkeit und dazu wegen Analsemängeln als aufgrund gezielter Absicht - in Westeuropa aufgebaut wird, trägt ebenfalls die Fäulnis in sich, wie jener, der im Osten Europas mit vielen Opfern probiert wurde.

Meine realpolitischen Gehversuche

Zu meiner politischen Biographie gehört, das ich 1967 einer von zwei Initiatoren des Versuchsballons „Liberal-Soziale Partei“ war, daß ich lange Jahre Mitglied der FDP war und Gründungsmitglied der Grünen bin. Erfahrungen in vielfältigen Berufsfeldern prägten mein politisches Denken mit.

In der Zeit der Ausbildung zum Bankkaufmann in einer Genossenschaft lernte ich 1961 die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule kennen. FreundInnen, die ich aus pazifistischen und entwicklungspolitischen Zusammenhängen heraus kannte, reagierten auf die Weitergabe meines neuen Wissens mit Abwehr. Die Begründung für die Nichtbefassung waren damals (wie heute):

„Ich verstehe von der Wirtschaft nichts.“ oder „Ich bin mehr an praktischer Hilfe interessiert, als an theoretischen Klärungen.“

Der Rückblick von heute zeigt mir, daß die versäumte Klärungsarbeit bezüglich der Theorie des ökonomischen Handelns inzwischen weiteren unzähligen Menschen einen frühzeitigen Tod, Hunger oder Elend gebracht hat. Fehler in den gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen sind stärker als der Wille von einzelnen und Gruppen, die die Welt verbessern möchten. Daß die Sackgasen „blinder Aktionismus“ und „resignativer Zweifel“ nur durch kritisches Prüfen vermieden werden können, habe ich wohl schon damals empfunden. Eine Anfrage beim Raiffeisenverband Hannover e.V. brachte mir die nachfolgende

Antwort vom 18. Dezemer 1962 des Wirtschaftsprüfers Ohlmeyer ein:

„Bei den von Gesell vertretenen Ansichten handelt es sich um eine moderne Volkswirtschaftslehre, die durch die derzeitige Wirtschaftslage in der Welt und in Europa wieder stärker ins Gespräch gekommen ist. Einige Erkenntnisse Gesells sind heute bereits Allgemeingut, so zum Beispiel, daß eine Währung weniger durch Gold als durch entsprechendes Waren- und Dienstleistungsangebot gesichert wird. Andere von Gesell und seinen Anhängern vertretene Auffassungen sind theoretisch zwar plausibel, sie lassen sich in der Praxis jedoch kaum durchführen, u. a. weil gesetzliche Bestimmungen und unterschiedliche historische Entwicklungen dem entgegenstehen. Die jetzt von der Freisozialen Union vertretenen Theorien sind daher mit Vorbehalt zu betrachten und nicht als Allheilmittel anzusehen.“

Meine wissenschaftlichen Klärungsversuche

In einem Studium des zweiten Bildungsweges an der damaligen Akademie für Wirtschaft und Politik hoffte ich auf wissenschaftliche Klärung meiner Fragen zu der Gesellschule. Aber die Freiwirtschaftsschule wurde damals und wird heute an keiner Hochschule offiziell gelehrt. In Hamburg lernte ich bald etwas über Utopie und Ideologie mit Begriffsdefinitionen von Mannheimer und auch etwas über Gruppendynamik (Hofstätter) kennen, die auch die Gruppenleistung des Festlegens beschreibt, die dann einsetzt, wenn die Lösung eines Problems durch die Gruppenleistung des Findens nicht gelingt. Ich lernte bald, daß ich auf meine Fragen keine Antworten bekommen würde, ja daß diese ganz unwissenschaftlich abgewürgt oder tabuisiert wurden. Man hatte sich darauf festgelegt, daß die Ökonomie, wie sie z. B. der Professor und Exsuperminister Karl Schiller vertrat, die Lösung für die anstehenden Probleme war. Das Ergebnis ist bekannt. Karl Walker, ein hervorragender Vertreter der Freiwirtschaftsschule und ebenfalls SPD-Mitglied, hat man seinerzeit nur widerwillig zu einer Demonstration seines volkswirtschaftlichen Planspiels in die Akademie gelassen und dieses dann auch nur mit der Absicht, ihn „abzuschießen“.

Aber weil es aus der Opposition heraus leicht dazu kommen kann, eine Institution mit vielen Mitarbeitern als einen monolithischen Block zu beschreiben, was meistens an der Wirklichkeit vorbeigeht, erwähne ich noch folgendes:

Nach einem Austausch von Papieren zur Währungspolitik mit Dr. Wilhelm Nölling, Expräsident der LZB Hamburg und kritischer Begleiter des Währungs geschehens, fragte er 1990, ob ich nicht bei ihm studiert hätte. Ich habe ihm geantwortet, daß mein Studienbuch ihn nicht als Dozenten ausweist. Ich hätte aber in Erinnerung, daß er in meinem zweiten Studienjahr Assistent von Professor Hummel gewesen wäre. Und Professor Hummel hat mir hinter der vorgehaltenen Hand zu verstehen gegeben, daß er viel über Geld und Kredit bei Gesell gelernt hätte. Bei den 18. Mündener Gesprächen der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. (Postfach 1550, D-37145 Northeim) hielt am 4. November 1995 Wilhelm Nölling einen Vortrag über das künftige Verhältnis der Europäischen Zentralbank zur Bundesbank.

Es ist nicht unbedingt böser Wille, der in den Wirtschaftsfakultäten am Werke ist. Die Fallstricke auf dem Erkenntniswege sind zahlreich. Und ich vermute auch Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft aufgrund der Tatsache, daß sie Marktwirtschaft untersuchen und lehren will, obwohl sie selbst zentralverwaltungswirtschaftlich verfaßt ist. Es fehlt in der Wirtschaftswissenschaft der chancengleiche Wettbewerb der unterschiedlichen Schulen, und es fehlt ein effektiver Leistungsanreiz z. B. durch die Rückkopplung der Gehälter der Wirtschaftswissenschaftler an die Brauchbarkeit ihrer Analysen.

Das oft vergebliche Hoffen auf kritische Journalisten

Wirtschaftsjournalisten sind für den nach Orientierung Suchenden auch nur bedingt eine Hilfe. Über die Freiwirtschaftsschule haben sie im Regelfall nichts oder nur Abwertendes gehört. Auf einen Leserbrief zu einem Artikel in der HAZ vom 26. 7. 1969 mit dem Titel „Bis zum magischen Achteck“ schrieb mir der Wirtschaftsredakteur Gerd Grope am 14. 10. 1969:

„Theoretische Einsichten, wie man Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes tatsächlich oder vermeintlich regulieren kann, gibt es

schon lange. Wenn Sie selbst etwa die Lehre von Silvio Gesell im Auge haben, muß ich Ihnen leider sagen: Das war das Thema meiner Diplomarbeit, die allerdings schon über 20 Jahre alt ist. Aber ich glaube, daß sich bis jetzt nichts an dem Standpunkt der Wissenschaftler geändert hat: Silvio Gesells Vorstellungen sind in Wirklichkeit nicht zu praktizieren.“

Ich habe die Diplomarbeit leider nicht zu Gesicht bekommen und auch Gerd Grope nie persönlich kennengelernt. Ich nehme an, er ist oder war ein ehrenwerter Mann. Und doch bleibt ein Unbehagen: Ein Wirtschaftsredakteur hat sich zwanzig Jahre zurück als Student im Herrschaftsbereich einer Lehrmeinung über eine andere Lehre ein Urteil gebildet und unterzieht trotz der ökonomischen Problemlagen des Jahres 1969, über die er laufend berichtet, sein Urteil keiner Überprüfung. Ich denke, diese Haltung hat mit kritischem Journalismus nichts zu tun. „Die Wirtschaft“, die im Wirtschaftsteil einer durchschnittlichen Tageszeitung abgehandelt wird, ist real gesehen, nur ein kleiner Ausschnitt der Gesamtoökonomie und nur für einen kleinen Teil ihrer Leserschaft von Interesse. Warum es Arbeitslosigkeit gibt, warum die Armen immer ärmer werden, wer wieviel durch das Sozialsystem verdient, warum die Wohnungen so teuer sind und warum die Gewerkschaften sich selbst bedeutungslos machen, darüber erfährt der Leser in der Zeitung nichts Genaueres.

Die Zeitungsmacher finden nicht, daß es Propaganda für die Börsenmakler ist, wenn sie fast täglich die Börsenwerte veröffentlichen. Warum tun sie aber so, als verlange man von ihnen, sie sollten Werbung für eine Sache oder eine Idee machen, wenn man erwartet, daß sie sensorisch alle Regungen und Überlegungen in bezug auf die allgemeine Ökonomie, die Kultur- und Sozialökonomie für die Leser erfassen und sichtbar machen sollen. Manchmal unterscheidet sich der Wirtschaftsteil der Zeitungen nicht von einem Propagandablatt, das von Wirtschaftsverbänden finanziert wird. Wenn „der politische Druck auf die Presse wächst“ (HAZ 5. 9. 1995) und Journalisten andererseits von den „kleineren“ und „größeren“ Leo Kirchs bedrängt werden, dann haben sie sich das selber zuzuschreiben. Man kann nicht dem „Teufel“ dienen und erwarten, den Lohn im „Himmel“ zu erhalten. Die Bedrohung

Innenansichten eines unermüdligen Freiwirtschaftlers

der journalistischen Freiheit hat die gleichen strukturellen Ursachen wie der ökonomische Problemdruck, der auf der Gesamtgesellschaft lastet. Wer sich dessen bewußt wird, kann dann in der Berichterstattung über den Verkauf eines Industrieunternehmens (wie z. B. Riedel-de Häen) auch der Frage nachgehen, warum denn die Mitarbeiter des Unternehmens (die den Unternehmenswert geschaffen haben) die Firma nicht selbst übernehmen. Es braucht dann auch nicht über ein Jahrzehnt zu dauern, z. B. von der Werbung für einen Tauschring mittels Kleinanzeigen in der HAZ bis zum ersten redaktionellen Bericht über die inzwischen zahlreich entstandenen Tauschringe, die eben auch ihre Gründungsursache in den Mängeln unserer Währungsverfassung haben. Und bei etwas mehr journalistischer Wachheit hätte in dem Bericht von Thomas Hanke über das Bemühen der Grünen, wirtschaftspolitische Kompetenz (z. B. bezüglich der Europäischen Währungsunion) zu erlangen (DIE ZEIT, 29. 9. 1995), der Hinweis stehen können, daß die vorhandene Inkompetenz mit dem Zustrom von Mitgliedern mit sozialdemokratischem und marxistischem Gedankengut entstanden ist. Der „Vordenker“ Joseph Fischer war ein Förderer dieses Prozesses.

Die linken und rechten Schubladen

Die Freiwirtschaftsschule wurde von Anfang an von außen mißdeutet und abwechselnd oder gleichzeitig dem linken und rechten politischen Lager zugeordnet. Z. B. wurde Anfang der 60er Jahre in Berlin Wilhelm Schulte vom Verfassungsschutz die Existenz zerstört, weil man vermutete, er sei ein Kommunist. Nachzulesen in der Schrift „*Brennpunkt Berlin - die kommende Freistadt!*“). Viele Marxisten haben in den ganzen Jahren versucht, die Freiwirtschaftsschule in die rechte politische Ecke zu stellen. Jutta Ditfurth hat in unseren Tagen dabei eine gewisse Meisterschaft erlangt. Gesell selber wird als braun eingestuft, weil er in der Reformsiedlung Eden mitgewirkt hat. Daß dort Franz Oppenheimer, der Lehrer Erhards und Jude und Silvio Gesell Genossen waren, wird übersehen. Auch herrscht das Unvermögen, zwischen Modell und Vertreter des Modells zu unterscheiden. Verdächtig ist die Freiwirtschaftsschule den marxistischen Linken schon deshalb, weil von Gesell eine geistige Verbindungslinie zu

dem Franzosen P.-J. Proudhon besteht. Proudhon war der geistig-wissenschaftliche Gegenspieler von Karl Marx.

Was will die Freiwirtschaft und wie wird sie beurteilt?

Das Anliegen der Freiwirtschaftsschule kann man gut mit den Worten von Oppenheimer beschreiben, wie sie in der Ausgabe des SPIEGELS vom 9. 9. 1953 zitiert werden. Dabei hat Oppenheimer durchaus Widerspruch zu Gesell formuliert. Ich selber würde den vorkommenden Begriff *Glaube* durch *Wissen* ersetzen wollen.

„Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich-soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.“

Laut dem Spiegel hat der Student Erhard diese Lehren begierig aufgenommen.

In dem weiter oben erwähnten SPIEGEL-Artikel „*Soziale Marktwirtschaft - Die Flucht nach vorn*“ ist über Erhard zu lesen:

„Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse.“

Dazu ist Zweierlei anzumerken:

1. Im engeren Sinn war Erhard wohl kein Freiwirt. Es bestanden aber wesentliche inhaltliche und personelle Berührungspunkte. Sein Mitwirker in der Zeitschrift *Währung und Wirtschaft*, Otto Lautenbach, der die Gründung der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* ausgelöst hat, war Freiwirt. Lautenbach hat mit anderen Freiwirten schon während des Zweiten Weltkrieges ein Wirtschaftsprogramm für die Zeit nach der Niederlage geschrieben. Über die Aktionsgemeinschaft kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen den Ordoliberalen, Erhard und den Freiwirten. Die Freiwirte wurden aber nach Lautenbachs Tod ausgebootet bzw. kalt-

gestellt. Der ersten Gründungsinitiative der grünen Partei, die eine freiwirtschaftliche war, ist es ähnlich ergangen. Den Schaden haben die gehabt, die nicht merkten, was gespielt wird. In von mir gelesenen geschichtlichen Rückblicken wird von beiden Organisationen die Freiwirtschaft ausgeblendet.

2. Ohne daß ich den SPIEGEL-Artikel kannte, habe ich Erhard 1972 in der Evangelischen Akademie nach den parteiinternen Widerständen zu seiner Politik befragt. Er brachte zum Ausdruck, daß diese Widerstände aus dem eigenen Lager erheblich gewesen wären.

Dirk Lohr schreibt in seinem bereits oben erwähnten Artikel:

„Vor dem Hintergrund freiwirtschaftlicher Auffassungen stellt die Verfestigung der Europäischen Gemeinschaft auf Basis der Maastrichter Beschlüsse einen wirtschaftspolitischen Rückschritt dar. Fundamentalkritik ist daher angebracht. Wirtschaftshistorisch erlebte die Bundesrepublik in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute eine allmähliche Hinwendung zu freiwirtschaftlichem Gedankengut. ...“

Er zählt dann die Punkte auf, die in die praktizierte Wirtschafts- und Währungspolitik eingegangen sind, und fährt dann fort:

„Bis auf die Kernreformen wurden in der Bundesrepublik die meisten der freiwirtschaftlichen Vorschläge verwirklicht. In der Rückschau kann man feststellen, daß die Bundesrepublik hiermit sehr gut gefahren ist.“

Die Kernreformen sind allerdings die Schlußsteine in einem Kellergewölbe, auf dem der Dom stehen soll, der eine Heimstatt für die realisierten, alten Forderungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit abgeben soll.

In der HAZ vom 18. März 1986 ist unter der Überschrift „*Heinz Nixdorf - ein Pionier des elektronischen Zeitalters*“ zu lesen:

„Die Bundesrepublik hat eine der letzten großen Unternehmerpersönlichkeiten verloren, die für den Aufbau dieses Landes nach dem Zweiten Weltkrieg stehen. Kurz vor einem 61. Geburtstag ist Heinz Nixdorf nach einem anstrengenden Messetag im Kreise von Kunden und Kollegen

einem plötzlichen Herzversagen erlegen.“

In der Ausgabe Nr. 33 vom 10. 8. 1984 hatte DIE ZEIT unter dem Titel „Der knorrige Patriarch der Elektronik“ ein Portrait von Nina Grunenberg über Heinz Nixdorf veröffentlicht. Ich habe daraufhin Nixdorf angeschrieben. Er antwortete mir mit Schreiben vom 27. August 1984:

„Im Interview mit der Zeitung DIE ZEIT habe ich gern bestätigt, wie sehr mich Silvio Gesell in meinen jungen Jahren beeindruckt hat. Die wirtschaftliche Lage meines Elternhauses war während meiner Kindheit durch die Arbeitslosigkeit meines Vaters geprägt. Mit Beendigung des Krieges war ich 20 Jahre alt: die Zukunft Deutschlands noch nicht beschreibbar. Von der Marktwirtschaft war in den ersten Nachkriegsjahren aus verständlichen Gründen nichts zu hören.“

Die mutige Einführung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard findet in der Praxis keine Parallele. Trotz all der seinerzeitigen Bewunderung für die Lehre Silvio Gesells nehme ich an, daß die Marktwirtschaft 'Erhardscher Prägung' auch in der heutigen Zeit durch kein anderes Wirtschaftssystem mit Erfolg ersetzt werden könnte. Zu den Lehren von Silvio Gesell möchte ich erst wieder Stellung nehmen, wenn es mir gelungen ist, mittels der spärlich vorhandenen Literatur, mir einen einigermaßen guten Überblick zu verschaffen. Ich werde mir erlauben, Sie bei Gelegenheit wieder anzuschreiben ...“

Ich habe dann Freunde angeregt, Nixdorf den Überblick zu erleichtern. In seinem Schreiben vom 12. Juni 1985 teilte mir Nixdorf dann das Ergebnis seiner Prüfung mit:

„Die Ratlosigkeit der Politiker von heute macht die Arbeiten von Silvio Gesell immer moderner.“

Aufruf zur kritischen Prüfung

Ich habe Nixdorfs Aussagen hier wiedergegeben, weil es genügend Leute mit ausreichender Intelligenz in Wissenschaft und Politik gibt, die die freiwirtschaftlichen Aussagen überprüfen könnten, aber nur den kleinen Mut haben, im Windschatten von Autoritäten zu denken und zu forschen, besonders dann, wenn ihnen von Vorgesetzten gesagt wird, daß es ihrer Karriere abträglich ist, wenn sie

sich mit der Freiwirtschaftsschule befassen. Auffallend ist, daß Menschen mit einer naturwissenschaftlichen Neigung oder Ausbildung leichter den Zugang zur „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ oder zur „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ finden als studierte Ökonomen. Dem ökonomischen Fachmann stehen zu oft seine Vorurteile im Wege. Hier ist ein Handlungsbedarf der Forschungspolitik angezeigt, wenn Forschungspolitik nicht nur als ein Instrument zur Sicherung der Rendite des Kapitals verstanden wird.

3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

Am Anfang war nur der Impuls, mich gegen die unzulängliche Berichterstattung in den Massenmedien wehren zu müssen. Wenn ich nur geschrieben hätte: „Ihr habt Mist verzapft!“ oder Zustimmung oder Widerspruch in fünf Zeilen ausgedrückt, dann hätte ich eine gewisse Chance gehabt, daß meine Stellungnahme als Leserbrief veröffentlicht worden wäre. Die Redakteure beweisen gerne ihre „Liberalität“, indem sie den einen oder anderen Leser die Chance geben, Dampf abzulassen. Der Informationswert einer solchen Stellungnahme wäre aber gleich Null gewesen. Ich wollte es gründlicher machen, und meine Stellungnahme ist dadurch länger geworden als für eine Zeitung „erlaubt“. Für Zeitungsredaktionen müssen schon außergewöhnliche Umstände vorliegen, wenn sie einen Text dieser Länge abdrucken.

Ich hoffe trotzdem, daß meine Zeilen ihre LeserInnen finden. Den Redaktionen von der ZEIT und der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung habe die erste Fassung dieser Anmerkungen zur internen Kenntnisnahme zugesandt. Ich habe aber wenig Hoffnung, daß der Text von Mitgliedern der Redaktionen Wirtschaft oder Politik gelesen wurde. Drastisch gesprochen: Die meisten Redakteure lassen sich offensichtlich - wie die meisten Politiker - nicht ohne Zwang das oft erwähnte Brett vor dem Kopf entfernen oder bestreiten - bei entsprechenden Vorhaltungen - sogar, ein solches zu tragen.

Bei der Suche nach der Antwort auf die Frage: „Wie erreicht meine Botschaft die Adressaten, die interessierten deutschen und europäischen Bürger“, rieten

mir Freunde, den zweiten Hauptteil meiner Ausarbeitung wegzulassen. Ich habe geantwortet, daß es auf die Währungsprobleme bezogen bei entsprechender Vorkenntnis genügen würde, den zusammenfassenden Merktzettel zu drucken und zu verteilen. Die komprimierte Darstellung der Fakten ist aber eben keine Garantie dafür, daß ein Text gelesen und verstanden wird. Wie soll auch das Ringen um die Erfassung und Lösung der Währungsprobleme dargestellt werden, wie soll die Neugierde geweckt werden, wenn nicht die Fakten mit Personen verknüpft werden?

Es besteht außerdem die Notwendigkeit, das eigene politische Profil in der Auseinandersetzung um Europa sichtbar zu machen, weil es eine widerliche Gattung von politisch verbildeten Zeitgenossen gibt, die als erstes fragen, in welche Ecke können wir den Autor stellen, was können wir ihm anhängen, und nur am Rande oder gar nicht fragen: „Was sagt er denn?“

Rudi Dutschke und Bärbel Bohley sind für die Studenten- und DDR-Bürgerrechtsbewegung so etwas wie Ikonen in der Haupt-Menüleiste eines Computerprogramms. Klickt man mit der Maus diese Ikonen an, kommt man zu neuen Fenstern mit Untermenüs. Neue Namen und Gruppen und neue Zusammenhänge werden in ihren Verknüpfungspunkten sichtbar. In dem „Programm“ *Natürliche Wirtschaftsordnung* bin ich in einem nachgeordneten Fenster wie viele andere auch zu einer Ikone geworden. Warum sollte ich das verleugnen, wenn das „Programm“ Bestandteil meines politisch-geistigen Lebens geworden ist und es selber darauf wartet, in das öffentliche Bewußtseins gehoben zu werden.

Ich habe nun nicht versucht, meinen Rückgriff auf persönliche Erfahrungen mit einer Objektivität heischenden „Wir“ zu verkleiden. Auch müssen die in einer wissenschaftlichen Schule oder einer politischen Bewegung mitwirkenden Einzelpersonen sichtbar bleiben, wenn die jeweiligen GründerInnen nicht durch einen - dem Anliegen abträglichen - Personenkult überhöht werden sollen. ■

In unserem nächsten Heft setzen wir diesen Beitrag von Tristan Abromeit mit den Themen fort, wie sie in der Gesamt-Inhaltsübersicht zu Beginn dieses Aufsatzes nachzulesen sind. Die Redaktion

„Wie hilflos ist man doch, wenn man sich an die Öffentlichkeit wenden muß und hat keine Presse dazu!“
Silvio Gesell (aus: „An die Überlebenden“, Salzmann, S. 23)

ERGÄNZUNGEN

aufgrund von Meldungen aus den Medien zum Beitrag: „Die Europäische Währungsunion“ von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion: Der umfangreiche Beitrag von Tristan Abromeit über die Europäische Währungsunion - den wir in unserer Februarausgabe begannen -, stellt weniger die Vertragstexte (siehe dazu DER DRITTE WEG 1/96), als vielmehr ordnungspolitische Hintergründe heraus. Insbesondere aber befaßt sich unser Autor mit den Chancen sowie Gefahren und nicht zuletzt mit den Befürchtungen der Europäer, die mit einer so gravierenden Umstellung von den nationalen zu einer europäischen Währung einhergehen.

Der Meinungsstreit über Vor- und Nachteile der Maastrichter Verträge wurde oft emotional ausgetragen, weder in Kenntnis der Gesetzestexte, noch der währungstheoretischen Voraussetzungen. So wird den Euro-Befürwortern in Deutschland eine Kapitulation gegenüber nationalen Interessen der Vertragspartner, den Euro-Kritikern ein DM-Nationalismus vorgeworfen. Abromeit titelt denn auch in seiner Hauptüberschrift: „Die Europäische Währungsunion - ist die Kritik daran = DM-Nationalismus?“

Die nebenstehende Gesamtübersicht zeigt, daß es Abromeit um Aufklärung geht, also nicht um eine Anti-Europa-Position. Er weist die von den blinden Propagandisten unterstellten nationalistischen Motive der Euro-Währungskritiker zurück und darauf hin, daß Währungsprobleme schon immer ein Grund für den Antisemitismus waren. Wer den „geerbten“ Antisemitismus weiter abbauen und einen neuen vermeiden helfen will, sollte sich tiefer in die Währungsproblematik einarbeiten, als dies die politischen Euro-Konstrukteure tun. In einem Exkurs weist er darauf hin, daß neben dem Strukturfehler „Währung“ ein weiterer besteht, der wie ein Spaltpilz in und zwischen den Gesellschaften wirkt. Es ist das Bodenrecht. Seine Kernaussage ist: Ein friedliches und gedeihliches Europa schafft man nicht dadurch, daß die ungelösten nationalen Strukturprobleme auf einen europäischen Haufen gebaggert werden. Die Gliederung der Arbeit wurde vom Fortgang der öffentlichen Diskussion bestimmt. Damit sie keine „unendliche Geschichte“ wird, wurde sie, wie im ersten Teil ausgewiesen, am 31. 12. 1995 abgeschlossen.

Die Gefahr, daß die Organisationen der Banken und Sparkassen sich in Sachen Euro-Währung als blinde Blindenführer betätigen, haben ihn zu einem Nachtrag veranlaßt. Ein weiterer Nachtrag befaßt sich mit den im Ausland umlaufenden oder gehorteten DM-Noten.

4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte

4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrenten auch nicht

Wolfgang Mauersberg titelt in der HAZ vom 13. 12. 1995: „Lafontaine - Wirtschaftsguru“ und schreibt unter anderem:

„Der SPD-Vorsitzende malt das Gespenst einer neuen Rezession an die Wand und hat auch gleich ein probates Mittel dagegen. Er schlägt vor, die Einführung der europäischen Währungsunion zu verschieben. Wie der Wirtschaft durch Verzicht auf eine Währungsunion geholfen werden soll, leuchtet zwar nicht ein. Aber es klingt gut ...“

Es wird dann erläutert, daß Lafontaine mit einer Neuverschuldung die Konjunk-

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
 - 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
 - 1.2 Zusammenfassung / Merktzettel für die weitere Diskussion

Kasten: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (siehe DDW 3/1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

3. Folge (in diesem Heft)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte und zwei Nachträge
 - 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
 - 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“
 - 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus

4. Folge (erscheint im Mai 1996)

- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei!“, Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die ‚Bauernfänger‘“
- 4.4 Erwarten die Politik eine Aufklärungs- oder Propaganda-Aktion der Banken und Versicherungen?
- 4.5 Angaben über DM- und Dollar-Notenbestände im jeweiligen Ausland als Störfaktor und als Problem bei der Währungsumstellung.

tur ankurbeln will. Die Neuverschuldung bedeutet aber, daß ein Aufnahmekriterium für die Währungsunion von der BRD nicht erfüllt werden kann. Wenn es in Analyse und Therapie stimmen würde, könnte man ja die alte Weisheit hervorbringen und sagen, daß jedem das Hemd näher ist als der Rock.

Aber Mauersberg schreibt zu recht:

„Seine jetzigen Vorschläge weisen nicht in die Zukunft, sondern zurück in

Heikle Diskussion um Europa

die siebziger Jahre. Die Rezepte haben sich aber damals nicht bewährt, die Massenarbeitslosigkeit nicht verhindert und uns stattdessen eine immense Staatsverschuldung beschert.“ ➤

Werner Onken schreibt im Vorwort der 107. Folge der Zeitschrift für Sozialökonomie:

„... im laufenden Haushaltsjahr muß der deutsche Finanzminister jede fünfte Mark aus den Steuereinnahmen für die Verzinsung der staatlichen Schulden ausgeben. 1996 wird dafür schon jede vierte Steuermark fällig sein. Wenn die Schulden- und Zinsspirale sich weiterhin so dreht wie bisher, dann - so lautet die Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft - müssen die öffentlichen Hände im Jahr 2044 alle ihre Steuereinnahmen für die Zahlungen von Kreditzinsen aufwenden. Für Soziales, Bildung und Kultur oder für den Umweltschutz wird dann keine Mark mehr übrig sein.“

Alte Hüte hier - scheinheilige Polemik dort

Die HAZ vom 14. Dezember meldet nun auf der Titelseite:

„Mit Hohn und Spott haben Politiker der Koalition auf die am Dienstag von SPD-Chef Oskar Lafontaine bekundete Bereitschaft reagiert, zur Konjunkturbelebung einen Anstieg der Neuverschuldung in Kauf zu nehmen. Bei der CDU hieß es, Lafontaine greife zu 'Rezepten aus der sozialistischen Mottenkiste'.“

Über solche Sprüche kann man sich nun nicht mehr wundern, denn seit Jahren unterscheidet sich die Staatslenkungs-kunst der Christ- und Freidemokraten nur noch in kleinen Variationen und im ideologischen Unterbau von jener der Sozialdemokraten.

Lafontaine ist doch in einer Situation, in der ein Schweigen als eine neue Fehlbesetzung der wichtigsten Führungsposition der SPD gedeutet würde. Da ihm aber weder von der Wirtschaftswissenschaft noch vom Wirtschaftsjournalismus neue tragfähige Lösungsvorschläge unterbreitet werden, sagt er sich doch sicher: „Wenn ich meine Macht erhalten und ausbauen will, muß ich etwas mit Überzeugung in der Stimme sagen, auch wenn es falsch oder zweifelhaft ist.“

Wenn nun aber falsche Aussagen eines Politikers zu einer Situation führen, die die politisch handelnden Personen dazu zwingen, auch das Falsche zu tun? Wir laufen nämlich nicht nur Gefahr, den nachfolgenden Generationen eine strahlenmäßig und chemisch verschmutzte Umwelt zu hinterlassen, sondern auch eine sozialökonomisch verzerrte, die zur Systeminstabilität, Krieg und Sklaverei führt.

Brüchiger theoretischer Hintergrund

Lafontaine knüpft offensichtlich bei seinen programmatischen Ankündigungen bei John Maynard Keynes an. Keynes war nach Marx sicher für die SPD die größte ökonomische Leitfigur. Es ist ja gar nicht falsch, die Altvorderen zu befragen, wenn einem selber keine probaten Lösungswege für Probleme einfallen. Es ist auch unklug, so zu tun, als hätten Marx und Engels nie gelebt. Die Überheblichkeit der gegenwärtigen Generation gegenüber den vorangegangenen ist aus meiner Sicht sowieso oft widerwärtig. Wenn wir suchend zurückschauen, dann dürfen wir dies aber nicht gläubig tun, sondern kritisch. Die Frage ist immer: Sind einem großen Vordenker, dem wir handelnd mit negativem Ergebnis gefolgt sind, fundamentale Fehler unterlaufen oder haben wir Nachdenker bei der Umsetzung der Theorie in die Praxis Fehler gemacht?

Was steuert den Markt?

Das Problem, das es zu lösen gilt, ist in der Kurzbeschreibung folgendes: Die marktwirtschaftliche Steuerung von Produktion, Investition und Konsum kann nur dann richtig funktionieren, wenn das Theorem von Jean Baptiste Say (1767 bis 1832) stimmt, daß sich die Produktion die eigene Nachfrage schafft. Mit der Produktion ist die Einkommensverteilung verbunden. Das Einkommen wird zur Nachfrage und räumt die Märkte von der fertigen Produktion und schafft so die Voraussetzung für künftige Produktion und Vollbeschäftigung der Arbeit. Keynes stellt nun - wie vor ihm Gesell, Proudhon und andere - fest, daß dieser Steuerungszusammenhang von der Geldseite her immer wieder gestört werden kann. Keynes spricht in diesem Zusammenhang von der Liquiditätsfalle des Geldes, die sich dann auftut, wenn die Differenz zwischen dem Vorteil der Liquidität und dem Vorteil der Rendite des investierten Geldes zu gering wird. Gesell spricht hier von der Hortung, die

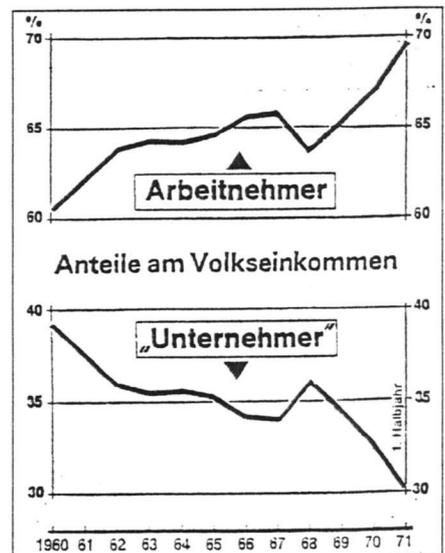
dann einsetzt, wenn der Markt den Zins in die Nähe oder unter den Urzins drückt. Die Beschreibung des Problems läßt nicht ohne weiteres errahnen, welcher gesellschaftliche Sprengstoff sich dahinter verbirgt.

Claudia Schmidt schreibt in der HAZ vom 23. / 24. Oktober 1971 unter dem Titel DAS WUNDER:

„Eine Art von Wunder nannte der große britische Nationalökonom John Maynard Keynes einst das Phänomen, daß im Wettlauf von Löhnen und Gewinnen die Löhne es nicht schaffen, ihre Position entscheidend zu verbessern. Die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, ist, so meinte man lange Zeit, 'ehern'. Diesen Umstand führte man auch gegen die Gewerkschaften zu Felde. Es hieß, wenn die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen durchsetzen wollten, dann könnten sie dies - wenn überhaupt - nicht auf dem Wege von Lohn- und Gehaltserhöhungen erreichen.“...

„Um diese 'naturgesetzliche Unabänderlichkeit' der Lohnquote, an der man so lange Jahre festgehalten hat, ist es bei uns inzwischen still geworden: denn heute kann in der Bundesrepublik von einer ehernen Lohnquote keine Rede mehr sein. Seit 1960 nämlich konnten sich die Arbeitnehmer einen immer größeren Brocken am Volkseinkommen erobern.“

Die nachfolgende Grafik ist in dem Artikel von Claudia Schmidt eingefügt.



(Daß der Begriff Unternehmer in der Grafik in Anführungsstrichen gesetzt ist, liegt sicher dar-

an, daß dieser Begriff ein „Sammelsurium“ ist, wie C. Schmidt schreibt. Es ist um der Klarheit willen erforderlich, daß die Statistiker endlich eindeutig zwischen dem Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer und Unternehmer einerseits und dem Kapitaleinkommen der Arbeitnehmer, Unternehmer und den reinen Geldanlegern - den funktionslosen Investoren - unterscheiden.)

1978 war in einem Beitrag von Werner Onken in der Zeitschrift für Sozialökonomie (Folge 38) zu lesen:

„Vor rund einem halben Jahrzehnt prägte der heutige Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal die Kurzformel 'Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit'. Mittlerweile können wir jedoch nicht mehr zwischen einem größeren und einem kleineren sozialen Übel auswählen - aus der Alternative wurde schon seit einiger Zeit eine doppelte Bürde. Zwar liegen die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote unterhalb der 5%-Marke, aber die Berechtigung zu einem unbesorgten Konjunktur-optimismus läßt sich daraus nicht herleiten.“ ...

Und an anderer Stelle heißt es:

„Die periodisch wiederkehrenden Konjunkturkrisen setzten in der Vergangenheit immer dann ein, wenn nach einer länger andauernden Entfaltung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte ein stetig wachsendes Kapitalangebot das Rentabilitätsniveau herabdrückte, so daß die Lohnquote ansteigen konnte.“ ...

Und wenn man heute in der Wirtschaftspolitik von der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland spricht, dann heißt das im Klartext: **Wir müssen die Rentabilität des Kapitals zu Lasten des Arbeitseinkommens steigern.**

Unter der Zwischenüberschrift

„Große Chance: Bündnis für Arbeit“

heißt es im HAZ-Leitartikel „Kohl muß kämpfen“, von Matthias Koch, in der Ausgabe vom 16./17. Dezember 1995:

„Schon wenn die Erhöhung der Löhne in den kommenden Jahren nur um einen Prozentpunkt niedriger ausfiel, brächte dies den Unternehmen einen Entlastung in Höhe von 18 Milliarden Mark.“

Unterliegt die Lohnquote doch einem ehernen Gesetz? Die Freiwirtschaftsschule sagt, das „eherne“ Gesetz ist kein Naturgesetz, sondern es ist eine Folge von Strukturfehlern in der Währungsver-

fassung. Gesell wollte dieses „eherne“ Gesetz mit einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes außer Kraft setzen. Er wollte das Geld auf die Stufe der Waren setzen, die in den bisherigen Währungsverfassungen dem Geld immer unterlegen waren. Proudhon hatte vorher mit seinen Warenbanken versucht, die Ware auf die Stufe des Geldes zu stellen, was nicht gelungen ist, nicht gelingen konnte. Keynes, der für Gesell in seinem Hauptwerk - zum Ärger der Keynesianer - lobende Worte fand, kannte Gesells Ansatz und wollte vermutlich aufgrund von Ehrgeiz, Vermeidung eines Konfrontationskurses zu den Ökonomekollegen oder aufgrund von Denkfehlern eine andere Lösung anbieten.

Keynes schreibt in einem Brief vom 31. 12. 1936 an Karl Walker (in der Übersetzung):

„Es würde gewiß ein Fehler gewesen sein anzunehmen, ich hätte meine Ansichten über Gesell von Haber, den ich - glaube ich - nur in einer Fußnote am Rande meiner letzten Arbeit erwähnte. Gleichzeitig aber sollte nach meiner Meinung die Ähnlichkeit zwischen meinen Theorien und denjenigen von Gesell nicht zu weit in den Vordergrund geschoben werden.“

In einem Leserbrief von Karl Walker in der Wirtschaftswoche vom 26. 2. 1971 heißt es:

„Wer seinen Keynes aufmerksam gelesen hat, wird noch wissen, daß Keynes auch den Outsider S. Gesell kannte. Tatsächlich gleicht die Konjunkturdiagnose von Keynes der 40 Jahre älteren Gesellschen Krisentheorie. Wichtig scheint mir aber der Unterschied in der Therapie der beiden. Dieser liegt hier darin, daß Gesell den in den gehorteten Geldern steckenden legitimen Anspruch auf Güter um der Erhaltung der Kaufkraft des Geldes willen respektierte und nur darauf bedacht war, dieses Geld (mit Durchhaltekosten für die Hortung) wieder in den Umlauf zu zwingen. Keynes dagegen wußte natürlich von der Aversion, mit welcher die Gesellsche Idee von der Fachwissenschaft zur Kenntnis genommen worden war, und hielt es deshalb für eine bessere Lösung, den Leuten ihre Geldhortung zu lassen und statt dessen einfach neues Geld zu drucken und damit

staatliche Investitionen zu finanzieren.“

Geld drucken oder Schulden machen?

Die Lösung mit dem Zugriff auf die Geldnotenpresse läßt sich heute politisch nur schwer oder gar nicht verkaufen. Aber der Weg der weiteren Verschuldung des Staates zur Stützung der Konjunktur ist eben auch eine Sackgasse. Es sind ja nicht nur die negativen Aspekte der Einschränkung der politischen Gestaltungsfreiheit der nachfolgenden Generationen und die weiteren Umverteilungsaspekte von arm auf reich zu berücksichtigen, sondern, daß staatliche Renditestützungsprogramme zwar den Geldanleger erfreuen mögen, den Produzenten aber gar nicht, weil die staatliche Nachfrage auf dem Kreditmarkt den Zins hoch hält oder höher treibt und damit eine Kostensteigerung des Produzenten bewirkt, die höher liegen dürfte als Lohnsteigerungen im gleichen Zeitraum.

Daß die Verschuldung des Staates mit der Preisniveaustabilität nichts zu tun hat - außer der Staat verschuldet sich bei der Notenbank -, hat sich offensichtlich sogar schon bei den Sachverständigen herumgesprochen. In der HAZ vom 14. Dez. ist unter dem Titel „Deutsche haben Angst vor Aufgabe der Mark“ zu lesen:

„Die führenden Wirtschaftsinstitute sprechen sich für die Währungsunion aus und halten das Verschuldungskriterium sogar für überflüssig zur Stabilitätssicherung.“

Wenn Keynes und Gesell in der Analyse der ökonomischen Krisen richtig liegen - und alles spricht auch heute dafür -, die Therapie von Keynes aber mehr ökonomische Krankheiten produziert als heilen kann, dann muß die Gesellsche Therapie probiert oder eine bessere erfunden werden.

Ich habe keine Hoffnung, daß Lafontaine, Schröder oder Scharping von der SPD, Fischer oder Trittin von den Bündnisgrünen, Gerhard oder Rexroth von der FDP, Kohl oder Waigel von der CDU/CSU, dieses einsehen werden. **Ich schätze die Lernfähigkeit der westdeutschen Politiker nicht höher ein als die bei dem ehemaligen Kader der untergegangenen SED.**

Die Chance, mit Gesell die Europawährung, die Vollbeschäftigung, den Abbau

Heikle Diskussion um Europa

der Staatsverschuldung, eine gerechte Vermögensverteilung, freiheitliche Strukturen und eine ökologische Gesundung der Umwelt zu erreichen, wird nur dann genutzt werden können, wenn dieses Thema - wie das Thema Ökologie - zum Gegenstand des politischen Wettbewerbes, zum Gesprächsthema von Jugendlichen gemacht werden kann. Diese Stellungnahme ist ja ein Versuch, dazu beizutragen, daß dieses geschieht. Wenn ich mir unsere Medienlandschaft aber nüchtern betrachte, wird dieser Versuch so gut wie gar nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Das ergibt sich schon durch einen Vergleich Auflagenhöhe dieses Beitrages mit den vielen Beiträgen anderer Autoren.

In den Blättern *Trotz Alledem* Nr. 42, 1995, wird aus der letzten Arbeit des 1919 ermordeten Sozialisten Karl Liebknecht, dessen Vater Mitbegründer der SPD war, wie folgt zitiert:

„Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen - wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. TROTZ ALLEDEM“

Liebknecht soll ein unbeugsamer, aber undogmatischer Mensch gewesen sein. Sein Wahlspruch *„Trotz alledem“* soll auch der meine sein. Einst waren es die Bande des kaiserlichen Obrigkeitsstaates, die die Freiheitssucher und die nach Gerechtigkeit durstenden Menschen in die Fessel schlugen, danach kam Hitler und seine Schergen, die das Geschäft der Unterdrückung potenzierten. Heute sind es die ideologischen Bande der Realpolitiker, die einen wirklichen Fortschritt in Richtung Freiheit, Gleichheit Brüderlichkeit verhindern.

4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“

4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus

„Europa hat sich noch längst nicht gefunden“ - Mit diesem Gesprächsbeitrag von Michael Wolffsohn titelt Michael B. Berger in der Rubrik *„Im Gespräch“* seinen Beitrag in der HAZ vom 13. Dezember über den Historiker und Publizisten. Wolffsohn, der *„Kaufmannssohn, Sproß deutsch-jüdischer Emigranten, wurde 1947 in Tel Aviv geboren und kam zehn Jahre später mit seinen Eltern nach Deutschland.“* Hätte ich mit aus-

wählen und wählen können, wäre Wolffsohn bei der letzten Bundespräsidentenwahl mein Kandidat gewesen. Wolffsohn versteht Europa in erster Linie als eine Wertegemeinschaft, die der Aufklärung, der Humanität und der Toleranz verpflichtet sein sollte. Der Abgleich zwischen Soll und Ist fällt auch für Wolffsohn lt. HAZ deprimierend aus.

„Europa hat sich noch nicht gefunden“, urteilt der Historiker - Belege bieten ihm nicht nur das Blutvergießen im ehemaligen Jugoslawien oder in der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch der in vielen Ländern noch grassierende Antisemitismus. ... Für viele Osteuropäer, warnt Wolffsohn, seien Juden 'schon wieder schuld' - etwa am Kapitalismus. Neue 'Abgründe' hätten sich nach 1989 - dem Jahr der Befreiung vom Kommunismus - aufgetan.“

An anderer Stelle heißt es:

„Doch irritiert ihn schon, wenn Kritiker monierten, nur einer wie Wolffsohn habe so kritisch über Juden in Deutschland schreiben können, ohne als Antisemit geziehen zu werden: 'Die Wahrheit scheint in Deutschland wohl tabu?'“

Mangelhafte Währungsordnungen zerstören friedliches Miteinander

Die Entstehung des Antisemitismus in Europa und die Judenverfolgung und -vernichtung und die neuen Abgründe haben viel mit dem Währungssystem zu tun. Die mangelhaften Währungsverfassungen waren in der ganzen Geschichte immer wieder Störfaktoren, die die Wohlfahrt und Sicherheit der Völker verhindert oder zerstört haben.

Die vielen alten Sprüche um das Thema Geld, wie *„Geld regiert die Welt“* beweisen, daß die Menschen immer gehaut haben, daß mit dem Geldsystem etwas nicht in Ordnung ist. (Die DM-Zeit ist ebenjene, wo es zum erstenmal einigermaßen mit der Währung in Ordnung ist. Daher auch die Angst vor dem Verlust der DM-Währung.)

Da die Störungsursachen aber lange Zeit nicht (für die meisten Menschen auch heute noch nicht) analytisch durchdrungen wurden, aber Erklärungen als Grundlage für Handlungssicherheit benötigt wurden, brauchte man eben Schuldige. Da man die Juden in Europa aufgrund religiöser Vorschriften im Juden- und Christentum und aufgrund von Berufsverboten geradezu in

das Bankgeschäft hineingedrängt hatte, wurden sie ohne eigenes Zutun zu Schuldigen erklärt und im nächsten Schritt zu Opfern.

Das Bankgeschäft und die Währungs-gestaltung und -verwaltung sind nun zwei verschiedene Stiefel¹⁾. Aber die Mängel in der Währungsverfassung werden am ehesten durch das Bankgeschäft sichtbar. Scheinbar wurden und werden die Vorurteile durch die Wirklichkeit bestätigt. Für die angeblich aufgeklärten linken Kritiker des Kapitalismus ist es natürlich tabu zu sagen, die Juden seien wieder schuld an den Zuständen. Es werden auch keine Personen mehr als Schuldige benannt, sondern man spricht von den Großbanken und Multis. Daß die Wirkungsmechanismen in den Sparkassen und Volksbanken die gleichen sind wie in den Großbanken, übersehen ideologisch geprägte linke Kritiker. Sparkassen, die keinen privaten Eigentümer haben, und Volksbanken, die genossenschaftlich konstituiert sind, können ja nicht kapitalistisch sein, so habe auch ich vor vielen Jahren gedacht.

Linke Kritiker argumentieren immer noch personenbezogen

Sich herabzulassen, die Störungen in den fehlkonstruierten Strukturen zu suchen, hält man sich für zu schade. Aber es ist vordergründig einleuchtender, wenn es Menschen sind, die das Böse bewirken. Also braucht man doch schuldige Menschen. Es sind dann eben aus linker Sicht nicht Juden, sondern die bösen Kapitalisten, die Repräsentanten des Großkapitals. Und einige denken dann auch noch, daß man durch die Ermordung von Funktionsträgern das System in die Luft sprengen kann.

Ich denke, in der Vergangenheit und Gegenwart haben die meisten Geldverleiher keine Ahnung von dem währungstheoretischen Hintergrund ihres Handelns gehabt. Es wird aber wohl immer eine Minderheit gegeben haben, die die destruktiven Kräfte von Währungsverfassungen durchschaut und für sich genutzt hat. Unter diesen Wissenden waren und sind sicher auch Juden, die sich nicht der Aufklärung verpflichtet fühlten bzw. fühlen, sondern ihrem wachsenden Vermögen und sich somit gegenüber ihren Glaubensschwägern und -brüdern schuldig machten und machen.

Ist nicht einer, der so etwas formuliert, ein Rechtsradikaler?

Es genügt doch heute schon, sich überhaupt auf die mit der Währung verknüpfte Zinsproblematik einzulassen, um als „rechtsaußen“ beschimpft zu werden. Hat nicht Hitler, haben nicht die Nationalsozialisten das Wort von der Zinsknechtschaft gebraucht und mißbraucht? Durch die Tabuisierung der Zusammenhänge herrscht Hitler indirekt noch immer.

Die Tabuisierung des Zinsthemas spricht Gunnar Heinsohn in seinem Essay „Zinsen, Hexen, Habermas - Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverleugnung“ an. Er kritisiert daß in dem 1166 Seiten umfassenden Werk „Theorie des kommunikativen Handelns“, von Jürgen Habermas der Begriff Zins nicht einmal vorkommt. Wer diese Zusammenhänge ignoriert oder ungeprüft als Unsinn abtut, der riskiert oder will, daß auch in Zukunft Minderheiten drangsaliert oder umgebracht werden.

Am Rande sei hier bemerkt: Daß einzelne Juden von Deutschen nicht ohne soziale oder politische Sanktionen kritisiert werden können, ist nicht nur für Wolffsohn irritierend; es ist auch allgemein gefährlich für die jüdische Gemeinschaft. Mit der Herausnahme der Juden aus jeglicher Kritik und ihrer Überhöhung kann die Erniedrigung und Vernichtung in der Vergangenheit nicht kompensiert werden.

Wenn Ignaz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, z. B. von den Massenmedien so hofiert wird, als sei er der Repräsentant einer

vierten Gewalt in Deutschland, dann fördert das nicht das Verständnis für die Juden und deren Interessen, sondern schadet ihnen, weil meines Erachtens durch diese Überaufmerksamkeit ein Unbehagen in der Bevölkerung entsteht, das latent den Antisemitismus fördert, weil das Volk sich aufgrund von Tabus nicht artikulieren kann. ■

*) Es hat nun aber Orte und Zeiten gegeben, wo die Tätigkeiten der Münze (heute Noten- oder Zentralbank) und der Geschäftsbank zusammenlagen. Im „Forschungsbericht des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen“ Nr. 437 von 1957, eine Arbeit von Dr. Ingeborg Meyer mit dem Titel „Geldwertbewußtsein und Münzpolitik - Das sogenannte Gresham'sche Gesetz im Lichte der Verhaltensforschung“ mit einem Geleitwort von Prof. Dr. G. Schmölders ist z. B. in einer Fußnote zu den „Ephraimiten, Münzen, die im Siebenjährigen Krieg von den jüdischen Münzpächtern EPFRAIM und Söhne in Leipzig, später auch in Preußen, mit immer stärker abnehmenden Gehalt geschlagen wurden, waren zunächst eine Quelle der Kriegsfinanzierung; ...“ folgendes zu lesen: „Der immer stärker abnehmende Gehalt dieser Münzen, die zu 20, 40 und selbst zu 45 Reichstalern aus einer Mark Silber (statt 14 Reichstaler) ausgebracht wurden, machte diese Ephraimiten rasch berüchtigt, welche der Berliner Witz als 'von außen schön von innen schlimm - von außen Friedrich, von innen Ephraim' bezeichnete.“ Fußnote 27, Seite 14.

In der Fußnote 32 auf Seite 15 heißt es dann: „Nicht unbeachtet bleiben darf andererseits die Tatsache, daß die Juden dem Staate, dem sie zudem durch wirkliche bürgerliche Arbeit gar nicht dienen konnten, durch ihre Geldmanipulationen geradezu ein Entgegenkommen erwiesen.“ Die Firma Ephraim und Söhne leistete dem Staate durch die Organisation der

Geldschöpfung und der Unterbringung der schlechten Münzen im Ausland zweifellos große Dienste. Sie wußte durch weitreichende und oft keineswegs einwandfreie Beziehungen das preußische Kriegsgeld meist in Polen unterzubringen, auf Umwegen selbst bei dem kaiserlichen Heer, dem auf die Dauer die preußischen Münzen zu einem unentbehrlichen Zahlungsmittel wurden“, Beutin.

Auf Seite 17 heißt es dann:

„... sie kauften nicht nur in Sachsen, sondern auch in Preußen die besseren umlaufenden Sorten mit den schlechteren neuen Münzen auf und prägten die guten Münzen in schlechte um. Nach SCHRÖTTER wäre es ihnen sonst gar nicht möglich gewesen, 'jährlich 6 bis 10 Millionen Reichstaler an Schlagschatz abzuführen', und eben aus diesem Grunde soll Friedrich auch nichts gegen diese 'betrügerischen' Manipulationen unternommen haben.“ ...

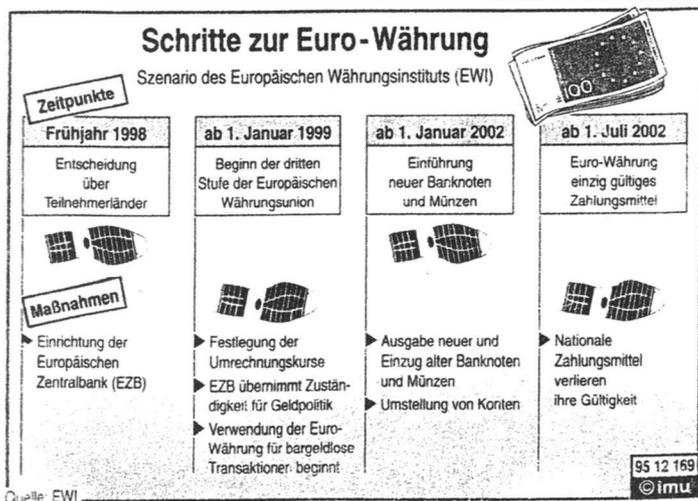
Ergänzend heißt es in der Fußnote 38:

„So sehr diese nämlich von der Staatsraison und dem Druck des Krieges diktiert worden waren. mußte die Bevölkerung, deren Ersparnisse sich mehr oder weniger auflösten, als Betrugsmanöver ansehen.“

Das nachfolgende Zitat aus dem Text von Seite 18 bestätigt dann die Darstellung, daß eine starke Wurzel des Antisemitismus in den Vorgängen um die Münze zu suchen sind.

„Wegen der entstandenen und weiter wachsenden Vermögensverluste richtete sich der Haß der Bevölkerung nun gegen die Juden, die zwar für den Münzenhandel und die Metallgeschäfte als durchaus befähigt galten, als 'Menschen ohne Vaterland' aber eines weiten Gewissens besonders verdächtigt wurden.“

In unserer nächsten Ausgabe setzen wir diesen Beitrag von Tristan Abromeit u. a. mit einem Exkurs über die Bodenrechtsproblematik fort. Die Redaktion



Stabilitätskriterien nicht aufweichen!

Der nächste wichtige Termin für die Euro-Währung ist der 1. Januar 1999. Ab diesem Zeitpunkt gelten die Umrechnungskurse, die 1998 nach den Wechselkursen von 1997 festgelegt werden. 1998 soll auch festgelegt werden, welche Länder die festgesetzten Kriterien erfüllen und somit die Vorbedingungen zum Eintritt in die gemeinsame Währung geschaffen haben.

Die kritische Phase läuft bis zum Jahr 2002. Schon jetzt mehren sich die Stimmen, die entweder einer Aufweichung der Kriterien das Wort reden, oder eine Nachverhandlung des Maastricht-Vertrags einfordern. Prof. Joachim Starbatty schreibt in FOCUS 4/1996: „Der Aufbruch in die Währungsunion gleicht einer Expedition in unbekanntes Gebiet. Ein Scheitern zerstörte das bisherige europäische Aufbauwerk. ... Die Vorschriften zur Währungsunion gehen ins Detail, während die übrigen Teile einem Haufen leerer Blätter gleichen (Johannes Gross). ... Eine Nachverhandlung des Maastricht-Vertrags ist daher unabdingbar.“

ERGÄNZUNGEN II

ZU:

Die Europäische Währungsunion - Ist Kritik daran = DM-Nationalismus?

4. Folge

- Ein Exkurs über das geltende Bodenrecht als weiteres Hindernis auf dem Weg zu einem gedeihlichen und friedlichen Europa
- Die Rolle der Genossenschaftsbanken in der Auseinandersetzung um den Euro

Von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion:

In der **1. Folge** ging es vor allem um den Mißbrauch der Schuld der Deutschen als Durchsetzungsinstrument für die Euro-Währung, sowie um die Abhängigkeit der Gestaltung des demokratischen Unterbaus von der Ausgestaltung der Währungsverfassung und die Probleme der bestehenden Nationalwährungen, die nicht durch die Schaffung einer Superwährung behoben werden. Für die weitere Diskussion wurde ein Merkzettel formuliert.

In der **2. Folge** wurde vom Autor versucht, das langjährige Ringen um Aufklärung der destruktiven Wirkungen der jetzigen Währungsverfassungen anhand persönlicher Erfahrungen aufzuzeigen. Die Freiwirtschaftsschule wird hier als Kritikbasis benannt.

In der **3. Folge** wird aufgezeigt, daß die SPD und ihre politischen Konkurrenten aufgrund von Theoriemängeln ihre Mißerfolge selber produzierten. Auf den Historiker und Publizisten Michael Wolffsohn eingehend, verweist Abromeit auf die Währungsunordnung als eine wesentliche Quelle des Antisemitismus.

In der **4. Folge** wird in einem Exkurs darauf hingewiesen, daß es neben einer Währungsunordnung für Europa und ihre nationalen Gesellschaften einen weiteren Spaltpilz gibt: ein für eine marktwirtschaftliche und friedensstiftende Ordnung untaugliches Bodenrecht.

In der **5. Folge** werden dann Daten für das in der ersten Folge beschriebene Problem des Umtausches von im Ausland befindlichen DM-Noten nachgereicht. Diese können von der Bundesbank nicht kontrolliert werden, folglich werden sie ab dem Zeitpunkt des Umtausches in Euro-Noten inflationierend wirken.

Ein weiteres Thema ist: Darf ein demokratisch verfaßter Staat ohne Volksentscheid, ohne wirkliche Aufklärung, aber mit schönender und desinformierender Propaganda das wirtschaftliche Kommunikationsmittel Währung - das in der Bedeutung gleich nach dem sprachlichen Kommunikationsmittel Muttersprache kommt - austauschen?

4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen

Ignatz Bubis ist nun Immobilienhändler und aufgrund dieser Tatsache ein problematischer Vertreter der Juden.

Wieso? Der Beruf des Immobilienhändlers ist doch genauso ein ehrenwerter Beruf wie vieler andere Berufe auch. Es stimmt, auch wenn sich in dieser Branche sicher viele tummeln, denen eine schnelle Mark wichtiger ist als eine solide Leistung. Wie begründe ich dann meine Einschätzung?

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
 - 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
 - 1.2 Zusammenfassung / Merkzettel für die weitere Diskussion

Kasten: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (siehe DDW 3/1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

3. Folge (siehe DDW 4/1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte und zwei Nachträge
 - 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
 - 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden,“
 - 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus

4. Folge (in diesem Heft)

- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei!“, Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die 'Bauernfänger',“

5. Folge (erscheint im Juni 1996)

5. Nachträge

Das Bodenrecht ist wie das Währungsrecht ein Spaltpilz der Gesellschaften

Es ist in seinem Wirkungszusammenhang sicher für über 90% der BürgerInnen rational nicht durchschaubar, obwohl fast jeden Tag in jeder Zeitung ein Bericht steht, der das Bodenrecht tangiert. Wenn Menschen etwas rational nicht durchschauen, bedeutet das aber noch nicht, daß sie sich kein Urteil bilden. Wenn aber emotional geurteilt wird, dann nimmt man nicht abstrakte Strukturen (mit konkreten Auswirkungen) ins

Neues Bodenrecht für Europa

Visier, sondern hält sich an Personen, an Repräsentanten einer Branche, die problematisch ist. Die Kette, die dann (zu Unrecht) gebildet wird, lautet: Die Makler, die Händler und die Grundstücksgesellschaften sind schuld an der Misere im Bodensektor. Bubis ist ein Repräsentant dieser Branche, und er ist Repräsentant der Juden. Folglich werden dann wieder einmal die Juden als die Schuldigen hingestellt.

Grundstücksmakler wie Banker können vermutlich ihren Geschäften ohne Gewissensbisse nachgehen, weil sie die Problematik mit Hilfe der Politik und Wissenschaft völlig aus ihrem Bewußtsein gestrichen haben.

Spaltpilz Bodenrecht vergiftet auch Europa

Der Hauptgegenstand meiner Darlegungen ist ja die Europäische Währungsunion und die Problematik der bisherigen Währungsverfassungen. Ich wollte aber den anderen großen weltweiten Spaltpilz der Gesellschaften, das fehlerhafte Bodenrecht, nicht ganz ausklammern. Die Person Ignatz Bubis - der ich gefühlsmäßig neutral gegenüberstehe - hat mich dazu angeregt. Aber auch Helmut Kohl, unser Bundeskanzler, der lt. HAZ vom 18. Dezember, der nach dem EU-Gipfel in Madrid in bezug auf die europäische Einigung gesagt hat:

„Es geht um den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand unseres Kontinents.“

Ich halte das für einen Trugschluß, weil kein gesellschaftlicher Spaltpilz durch die Vereinigung, wie sie betrieben wird, überwunden wird.

Ich denke, wenn keine wesentlichen Kurskorrekturen an den europäischen Verträgen mehr erfolgen, dann werden wir das gegenseitige Schlachten und Vergewaltigen, das im ehemaligen Jugoslawien immer noch nicht ganz aufgehört hat, spätestens im ersten Viertel des neuen Jahrhunderts erneut in Gesamt-europa erleben.

Die Menschen werden dann wissen, daß nicht nur die Bösen wie Hitler und Stalin in der Politik Tod und Verderben bringen, sondern daß die destruktive Kraft auch von Menschen wie Helmut Kohl, der bestimmt das Gute will, ausgehen kann. Die Zwangsbefriedung in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (besonders in Bosnien) kann nicht die Lösung

gesellschaftlicher Konflikte bringen, genauso wenig wie die Flucht in die europäische Vereinigung.

Die europäische Vereinigung gäbe es als Zugabe, wenn die Europäer ihre sozial-ökonomischen Hausaufgaben machen würden.

Rüdiger Altmann schreibt in seinem 1960 veröffentlichten Buch „Das Erbe Adenauer“ in dem Schlußkapitel „Eine offene Situation“ davon, daß es sein kann,

„daß die Mittelmäßigkeit sich durchsetzt; daß die Zeit verkungelt und vertan wird; daß man die Augen zumacht. Dann erwarten wir die Wiedervereinigung als großes Los mit kleinem Einsatz. Und wir blinzeln ein bißchen mißtrauisch und ein bißchen vertrauensselig nach Amerika. Es kann sein, daß wir uns damit begnügen, 'kleine Brötchen zu backen'. Daß wir in Europa außenpolitisch Kupfer wechseln und uns an der Hoffnung weiterziehen, die Sowjets wollten den heißen Krieg schließlich doch gar nicht und die Hochkonjunktur bleibe bestehen - für die einen ein guter Profit und für die anderen ein fetter Wohlfahrtsstaat.“

Altmann spricht dann davon, daß die Deutschen ihr Schicksal sinnvoller und zukunftssträchtiger begreifen als bis dahin. Und sein Schlußsatz lautet:

„Dann wird uns - nach den blind geopfertem Hekatomben der vergangenen Jahrzehnte - die Erkenntnis nicht schwerfallen, daß die Zeit neue Opfer kommen wird.“

Vielleicht haben Helmut Kohl und andere „Europäer“ Altmann gelesen oder selber Ähnliches gedacht.

Die Opfer, die eine wirklich neue Zeit, ein befriedetes Europa verlangt, sind aber nicht Nettozahlungen an die Europäische Union aus der Bundeskasse, sondern die Überwindung von fundamentalen Strukturfehlern in den europäischen Gesellschaften, das setzt die Überwindung von Ideologien und Privilegien voraus.

Diese Opfer zu bringen, sind die „Europäer“ ja nicht bereit, denn sonst hätten sie in einer offenen deutschen und europäischen Verfassungsdiskussion demokratisch die Voraussetzungen eines vereinten Europas in bezug auf die Gewaltenteilung, Funktionsteilung zwi-

schen Staat und Wirtschaft, Anforderungen an eine dezentrale föderative Gesellschaftsordnung und auf die ökonomischen Strukturelemente für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausloten lassen. Nein, ein Europa der Mündigen darf es nicht geben. Die kleinen Leute sollen hübsch klein bleiben, sonst wären die großen Leute ja nicht so groß.

Daß ich nun in bezug auf das Bodenrecht nicht von Gespenstern rede, will ich wenigsten mit ein paar Zitaten und Hinweisen verdeutlichen. Vorweg sei aber noch vermerkt, daß wir eine solche ökonomische Verblödung in der Politik haben, daß die wenigen Menschen, die sich noch mit Bodenrechtsfragen und daraus resultierenden Ökonomieproblemen befassen, entweder als Kommunisten beschimpft oder in die Nähe der Blut- und Boden-Ideologie der Nazis gerückt werden.

Lebensbasis der Menschen: die Erde

Das Bodenrecht im engeren Sinne befaßt sich mit den be-, ab- und überbaubaren Teilen unseres Planeten; in der Erweiterung kommen Wege-, Wasser- und Schürfrechte hinzu. Aber auch die Nutzung des Luft- und Weltraumes und der Weltmeere gehören zu den Bodenrechtsfragen.

Die Erde ist aller Menschen Lebensbasis, die Frage ist daher, wann und zu welchen Bedingungen Teile der Erde für sich oder andere nutzen darf. Wem stehen die Nettoerträge aus der Nutzung der Lebensbasis Erde zu? Wie muß ein Bodenrecht aussehen, das sowohl Bindung, wie auch Mobilität ermöglicht, das einen chancengleichen Zugang zu dem Boden gewährt (Jede Parzelle, jede Quelle, jedes Rohstofflager stellt in sich ein relatives Monopol dar.)?

Man sollte doch annehmen, daß diese Fragen in einem Land mit der angeblich freiheitlichsten Verfassung und einer angeblichen marktwirtschaftlichen Ordnung geklärt wären. Es ist nicht der Fall, weder bei uns noch in den anderen Staaten dieser Welt. (Wenn es so wäre, hätte es sich herumgesprochen.)

Es gibt selbstverständlich unterschiedliche Lösungsversuche. Taiwan soll z. B. sein Bodenrecht an der Landordnung des ehemaligen deutschen Pachtgebiets in Kiautschou ausgerichtet haben.²

Auch soll Israel ein im Vergleich mit anderen Staaten vorbildliches Bodenrecht haben. Soweit ich weiß, war das Anliegen der Bodenrechtsreformbewegung mit der zionistischen Bewegung eng verknüpft. Adolf Damaschke zitiert in „Die Bodenreform“ im Kapitel „Die Bodenreform in Israel“ aus der Bibel 3. Mos. 25, 23. Es heißt dort:

„Ihr sollt den Boden nicht verkaufen ewiglich; denn mein ist das Land; ihr seid nur Gäste und Lehnsträger vor mir.“

Hinter dieser religiösen Anweisung steht ein ökonomisch-ökologischer Sinn. Mir wurde eine Nachricht eines israelischen Bodenrechtlers und Städteplaners vermittelt, die Genugtuung ausdrückt, in dem auf Israels fortschrittliches Bodenrecht verwiesen wird, aber auch beklagt wird, daß zahlreiche Juden das mangelhafte Bodenrecht in der Bundesrepublik für sich zu nutzen wissen. Ich kann diese Behauptung mit meinen Möglichkeiten weder verifizieren noch quantifizieren. Sollte es so sein, würde ein solcher Tatbestand, wie oben unter Bubis dargelegt, auf die Gesamtheit der Juden zurückfallen. Der Vorgang wäre neue Nahrung für den Antisemitismus, den es zu überwinden gilt.

Wenn von Immobilien gesprochen wird, wird meistens nicht zwischen Boden und Gebäuden unterschieden. Das dient nicht der Klarheit, denn Boden und Gebäude haben einen unterschiedlichen ökonomischen Charakter.

„Die Weißen machten uns viele Versprechen, aber sie hielten nur eines ..., sie versprachen uns, unser Land wegzunehmen, und sie taten es.“

Dies ist kein Zitat aus der Schrift einer extremistischen Gruppe, sondern aus einem Buchprospekt des TIME-LIFE-Verlages. Es ist ein Hinweis auf den vorholocaustischen Holocaust, und zwar in Amerika, begangen durch die europäischen Eroberer und Eindringlinge, die vorher häufig aus ihrer durch Landlosigkeit verursachten Armut aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Und wie die Berichte aus den Vorgängen in den südamerikanischen Regenwäldern belegen, ist dieser Holocaust noch Gegenwart. Vielleicht würden wir diese Vorgänge in Südamerika ja überhaupt nicht registrieren, wenn hier nicht gleichzeitig die Vernichtung von Regenwäldern vonstatten ginge und uns dadurch ökologisch bedrohen würde.³

E. I. Friedrich schreibt in der Einführung ihrer weiter oben erwähnten Arbeit:

„Als im Jahre 1855 der Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Pierce, den Indianern des Stammes Duwamish das Angebot machte, ihr Land zu kaufen, antwortete ihr Häuptling Seattle: **Wie kann man den Himmel kaufen oder verkaufen - oder die Wärme der Erde? Diese Vorstellung ist uns fremd.**“ In wenigen Worten drückte Seattle aus, was über Jahrhunderte hinweg diskutiert worden ist - stellt der Faktor Boden Privateigentum dar, oder soll er der Verwaltung der Gesellschaft obliegen?“

Parallelen zu Jugoslawien

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sind aus meiner Sicht in der Hauptsache LandnahmeKriege gewesen. Die Zwangs-Befriedung mit Hilfe der Nato kann nur die Form dieser LandnahmeKriege wandeln, ihn aber nicht beenden. Eine wirkliche Konfliktlösung in Jugoslawien würde eine Fanal für eine Kurskorrektur Westeuropas sein, weil sich offenbart hätte, daß mit der jetzigen Form der der Vereinigungsbemühungen in Europa die schon lange unbrauchbar gewordenen Rechtsinstitute und Ökonomiestrukturen in das nächste Jahrtausend gerettet werden sollen. Die jetzige Lösung ist aus kapitalistischer Sicht wesentlich angenehmer:

Die Realkapitalvernichtung in Bosnien und anderswo und der Einsatz von der großen Mengen militärischen Materials versprechen eine gute Rendite oder verhindern ihr Absinken.

Friedliches Zusammenleben: auch eine Frage des Bodenrechts

Auch die Frage, ob sich Menschen einer bestimmten Region friedlich von einem Staat lösen, sich verselbständigen oder einem anderen anschließen können, also die Frage nach einer funktionierenden Föderation auf staatlicher Ebene, eine Föderation, die keine Einbahnstraße in Richtung Beitritt ist, hängt wesentlich von der Klärung der Bodenrechtsfragen ab. Was als Sprachen-, Religions- und Nationalitätenproblem an Ursachen für heiße und kalte Bürgerkriege benannt wird, sind häufig nur verdeckte Bodenrechtsprobleme. Ich nenne die Stichworte: Tschetschenien, Baskenland, Nordirland, Südtirol und Korsika.

Ich teile nicht die häufig anzutreffende Meinung, daß die Deutschen für alle Übel dieser Welt verantwortlich sind. Es bleibt aber trotzdem festzustellen, daß das „Volk der Dichter und Denker“ und ihre politischen Repräsentanten ein halbes Jahrhundert nach der schmachvollen Zeit, nach dem Holocaust und nach der Zeit des unverschuldeten Leidens trotz bester Voraussetzungen (kein heißer Krieg, volle Mägen, Dächer über den Kopf, Zugang zu weltweiten Informationen und Muße zum Beobachten und Denken) wesentliche Menschheitsprobleme schuldhaft einer Lösung nicht näher gebracht hat, weder für sich noch für die Menschen anderer Nationen. Die Gnade der späten Geburt schützt uns hier nicht.

Adolf Damaschke zitiert in seinem Buch „Die Bodenreform“ (20. Auflage, 1923, S. 476) Konrad Adenauer aus der Zeit, in der er Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrates war. Das Kapitel, in dem das Zitat steht, wird u. a. von Damaschke eingeleitet mit den Worten:

„Die stärkste Hoffnung bildet die wachsende bewußte Teilnahme der großen Gewerkschaftsorganisationen unserer Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Bodenreform. Sie haben hier ein Gebiet erkannt, in dem alle Richtungen miteinander fruchtbare Arbeit leisten können. Besonders erfolgreich wurden die Kurse, in denen Gewerkschaftsführer sich in diese Fragen hineinarbeiteten.“

Heute, am 20. 12. 1995, brachte die ARD-Tagesschau, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Mieterbund über die Reform des Sozialen Wohnungsbaues beraten hätten. Kein Wort über das Bodenrecht, kein Wort über die Zinslasten, die einen „sozialen“ Wohnungsbau erst erforderlich machen. Auffällig ist die inhaltliche Regression dieser Institutionen. Aber auch bei Adenauer, den überragenden Kanzler der Alt-BRD, kann man diese inhaltliche Regression gegenüber dem Oberbürgermeister aus der Zeit der Weimarer Republik feststellen. (Auch Churchill hat vergessen, welche bodenrechtlichen Einsichten er vertrat, als er die Macht des Staatsapparates noch nicht hatte. Die Frage ist, ob sachgerechte Lösungen in der Demokratie durch das Machtstreben grundsätzlich torpediert werden.) Jetzt folgt die Aussage Adenauers zum Bodenrecht:

Neues Bodenrecht für Europa

„Wir sind die erste Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfang des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden. ...“

Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt nichts, wenn Sie nicht das Übel an der Wurzel fassen.“

Ich habe noch nie davon gehört, daß die Junge Union oder eine Organisationseinheit der CDU und CSU über diese Adenauer-Worte ein Seminar abgehalten hat. Bei Friedrich Naumann, dem geistigen Urvater der FDP, findet man sicher ähnliche Aussagen. Rudimentär findet sich das Anliegen einer starken Bodenrechtsreformbewegung vom Anfang des Jahrhunderts auch noch in den Freiburger Thesen der FDP. Im rororo aktuell-Buch 1545, Seite 71, steht noch ganz korrekt:

„Die Entwicklung auf dem Bodenmarkt behindert zunehmend die freie Entfaltung privaten und gesellschaftlichen Lebens. Die Zusammenballung der Menschen in den Stadtregionen einerseits, die Zersiedlung der Landschaft andererseits, technische Entwicklungen, Lebensbedürfnisse der Menschen, Ansprüche des einzelnen und Erfordernisse der Gesellschaft verlangen eine Reform der Bodenrechtsordnung.“

Die Folgerungen daraus sind aber schwammig formuliert, so daß die FDP mit den drei Punkten fortschrittlich dasteht, aber niemandem weh tut.

Problemlösung Bodenrecht bei der deutschen Vereinigung verpaßt

Wenn es im Zusammenhang mit der Vereinigung von DDR und BRD nicht zu Konflikten mit dem Grundeigentum gekommen wäre, hätten die West-Grünen bestimmt noch gar nicht gemerkt, daß hier - nicht nur in sozialökonomischer

Sicht, sondern auch in ökologischer - überhaupt eine wesentliche politische Problemlösungsaufgabe liegt. Die paar Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, die versuchen, den Parteifreunden „Nachhilfeunterricht“ in Sachen Bodenrecht zu erteilen, sind einfach zu wenige.

Hoffnungen auf die SPD ?

Die Sozialdemokraten haben sicher in ihrer über 100jährigen Geschichte Bodenrechtsreformer beherbergt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zwar am 30. April 1992 eine öffentliche Anhörung zur Reform der Bodenordnung durchgeführt (Darüber gibt es auch eine Dokumentation.); die Aussage von Peter von Oertzen - den ich wegen des Themas *neues Bodenrecht und Boden-genossenschaften* als Zwischenlösungen angesprochen hatte - in seinem Brief vom 28. 4. 1978, daß es nur wenige sachkundige Parteifreunde in der SPD gäbe, stimmt trotzdem wohl immer noch.

Die demokratischen Parteien haben es in dem ausgehenden Jahrhundert bisher nicht fertig gebracht, für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt wichtige Strukturprobleme in rechtlicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht zu lösen.

Die gleiche Aussage gilt auch für die Parteien der europäischen Nachbarländer. Diese Parteien maßen sich aber an, ohne an den Grundproblemen etwas zu ändern, in den restlichen Jahren dieses Jahrhunderts ein glorreiches vereintes Europa zu schaffen. Die Wirklichkeit - aus der Zukunft rückschauend beobachtet - ist, daß sie die Idee der Demokratie für die Erzeugung heißer Luft verheizt haben. Sie weckten in den Bürgern durch ihre (vielleicht systembedingte) Unfähigkeit das Bedürfnis, wieder glückliche Sklaven sein zu dürfen.

4.3 Die Volksbanken versprechen:

**„Wir machen den Weg frei“
Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die ‘Bauernfänger’!“**

In dem bereits zitierten HAZ-Bericht *„Deutsche haben Angst vor Aufgabe der Mark“* vom 14. 12. 95 ist auch zu lesen:

„Die meisten Banken- und Industrievertreter stehen der Währungsunion überwiegend positiv gegenüber. Es

gibt aber auch kritische Stimmen wie die des Volksbanken-Präsidenten Wolfgang Grüger. Dieser fürchtet hohe Transferzahlungen für die EU-Staaten, die nicht mitmachen können.“

Bei den Genossenschaftsbanken eher Skepsis zu Europa

Unter der Annahme, daß diese Sorge des Volksbanken-Präsidenten zu Recht besteht, wäre seine ablehnende Haltung gegenüber einer Euro-Währung begündet - wenn auch schwach -, denn höhere staatliche deutsche Transferzahlungen bedeuten höhere Zwangsabgaben der Bürger zu Lasten ihres Sparvermögens. Geringeres Sparvermögen der Mitglieder der Volks- und Raiffeisenbanken bedeutet für diese eine schrumpfende oder stagnierende Einlagensumme bei vermutlich gleichzeitig steigendem Kreditbedarf.

Die Folge wäre ein schrumpfendes Finanzierungsvolumen von Krediten aus dem Einlagengeschäft und ein stärkerer Rückgriff auf kostenträchtigere Refinanzierungsquellen und somit eine zunehmende Last der Kreditnehmer und unter Umständen eine Schmälerung der Ertragslage der Genossenschaftsbanken.

Ich weiß nicht, ob Grüger bei seinen Äußerungen zu den Transferzahlungen hieran gedacht hat. Diese Vorgänge würden aber auch bei den Sparkassen und Banken zu verzeichnen sein. Wesentlich besser wäre argumentiert: Die Genossenschaftsbanken, als lokal- und regional orientierte Kreditinstitute, haben bei der Einführung einer europäischen Währung hohe Umstellungskosten, aber keine zusätzlichen Erträge. Diese Argumentation ist - wenn auch berechtigt - auch zu schwach, um politische Wirkungen zu zeigen.

Ich habe schon mehrfach im Fernsehen Äußerungen des Unbehagens von Vertretern der Kreditgenossenschaften gehört, die berechtigt aber schlecht begründet waren. Die Argumentationschwäche der Genossenschafter scheint mir darin begründet zu sein, daß sie das zentrale Anliegen der Gründergenerationen - vorweg ihrer Gründerväter Raiffeisen (1818-1888) und Schulze-Delitzsch (1808-1883) -, nämlich die ökonomische Selbsthilfe und die Überwindung der Hemmnisse und Bedrängnisse im Geldsektor, zu einer Allerwelts-„Unternehmensphilosophie“ verkommen lassen haben.

Unternehmensphilosophien haben nach meiner Einsicht aber keine direkte gesellschaftsrelevante Bedeutung, sondern dienen nur der Mitarbeitermotivation oder der Kundenbindung. Bissig gesprochen, haben die Gründer der Kreditgenossenschaften den hauptamtlichen Funktionären in der Enkel- und Urenkelgenerationen ermöglicht, in die Rolle des Kapitalisten zu schlüpfen und damit sich selbst zum eigenen Feind zu machen. Objektiv geurteilt, erfüllen die Kreditgenossenschaften - auch bei Verdrängung des Gründungsanliegens - eine wichtige Wettbewerbsfunktion im Kreditmarkt.

Es ist wohl der Gang der Geschichte, daß die Revolutionäre der Vergangenheit zu den Konservativen der Gegenwart werden.⁴

Neulich las ich in einer Veröffentlichung eines Genossenschaftsinstituts, daß es heute die Not, die ursprünglich zur Gründung von Genossenschaften geführt hat, ja nicht mehr gäbe. So, als würden beim Konkursrichter und in den Schuldnerberatungsstellen keine Kunden der Kreditgenossenschaften auftauchen. Daß die Not heute vielfach ein anderes Kleid trägt als vor hundert Jahren, wird leicht von denen übersehen, die den Genossenschaftsgedanken nur noch verwalten anstatt ihn weiterzuentwickeln. Aber gehen wir davon aus, daß die Kreditgenossenschaften eben so sind, wie sie geworden sind: Sie wollen ihren Anteil am Spar- und Kreditgeschäft halten oder möglichst ausweiten. Sie lassen seit Jahren eine Werbekampagne mit dem Slogan **Wir machen den Weg frei!** laufen.

Die gezeigten Bildmotive seien anti-ökologisch, klagte 1988 der in diesem Jahr an Krebs gestorbene Redakteur von ANDERS LEBEN, *Erich Hays*. Das sind die Anzeigen in der Tat, sie verstoßen nicht nur gegen den Zeitgeist, sondern auch gegen ökologische Zeiterfordernisse. Die Kreditgenossenschaften sollten die Verantwortlichen für ihre Werbung und ihre Werbeagentur auswechseln. Ich konnte Erich Hays damals mit einem Informationsblatt aus Österreich trösten, in dem sich eine Raiffeisenbank als „*Die Umwelt-Bank*“ offerierte und zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „*Biomasse - eine Energiequelle für das Jahr 2000?*“ einlud.

Aber auch die Textaussagen der Anzeigen stellen eine Verdummung des Publikums, eine Bauernfängerei dar.

Denn wenn ein Mieter mit Hilfe einer Bank Eigentümer einer Wohnung oder eines Hauses wird, dann wechselt er für Jahre nur die (juristische) Person, der er zinstributpflichtig ist.

Es sei erinnert: Zweidrittel bis drei-viertel der Miete sind Zinskosten. Bei hohem Anteil der Fremdfinanzierung von Eigentumswohnungen und Häusern kann dieser Zintribut für das Wohnen noch steigen.

Ob wir nun aber ein Zinsniveau von real 6%, 9% oder höher haben oder ob es um null pendelt, hängt von der Währungsverfassung ab, künftig also von der Verfassung der Euro-Währung. Wenn nun auch noch die Werbung für die Kreditaufnahme als Verführung zum Schuldenmachen kritisiert wird, dann stellt sich die Frage, mit welchem werblichen Inhalt die Kreditgenossenschaften sich in Erinnerung bringen oder neuem Publikum vorstellen sollen. Ich denke, die Werbung ist die beste, die dem Empfänger einen unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen stiftet.

Eine Werbung z. B. mit dem Inhalt *Bonn sorgt jetzt noch mehr mit höheren Prämien für die Sparer*, wäre keine gute genossenschaftliche Werbung. Nicht nur, daß Schulze-Delitzsch jede Form der Staatshilfe ablehnte (Würde er heute leben, würden die Begriffe Bonn und Brüssel sicher in ihm Unwillen oder gar Abscheu hervorrufen.), sondern auch weil jede Subvention, die der Staat dem einen Genossen (Bürger) gibt, einen anderen ärmer oder schwächer macht. Und wie hoch die Umverteilungskosten sind, weiß auch keiner, auch nicht wer sie letztendlich trägt. Eine genossenschaftliche Werbung, die verspricht, *Wege frei zu machen*, müßte daher mit Nutzen für die Adressaten aufklären:

1. über ökologische Gefahren und ökologische Entwicklungsmöglichkeiten;
2. über neue Formen genossenschaftlicher Kooperation im gewerblichen und sozialen Bereich;
3. über nationale, europäische und weltweite Störquellen in der Ökonomie und deren Beseitigung;
4. über Möglichkeiten der genossenschaftlichen Entwicklungshilfe in Osteuropa und der Dritten Welt und
5. über die mögliche Bildung lokaler oder regionaler Fonds für Schuldnerhilfe, Kulturförderung und Förderung von Begegnungen junger Menschen in

Europa, die aus Spenden und zinslosen Darlehen der Volksbankenkunden gespeist werden.

Mit der unter 5. beschriebenen Maßnahme käme das nichtökonomische Prinzip der Nächstenliebe zur Anwendung. Es könnten punktuelle ökonomische Fehlentwicklungen korrigiert werden. In begründeten Einzelfällen könnte das Elend von überschuldeten Menschen gelindert werden. Das Vaterunser könnte etwas ehrlicher gebetet werden, denn es heißt in ihm ja: „*Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern.*“ Kindergärten könnten mit zinslosen Darlehen (z. B. der Großelterngenerationen) gebaut werden. Die Darlehen oder auch Eigentumsanteile könnten wie eine Staffette durch die Generationen gereicht werden. Und dafür, daß Europa wirklich zusammenwächst, ist erforderlich, daß junge Menschen verschiedener Nationalität und Sprache sich konkret in der Arbeit, in der Aus- und Weiterbildung und beim Spiel kennenlernen können. Der Erfolg solcher Fonds hängt aber auch davon ab, ob die Schröpfung des Bürgers durch den Staat reduziert, die Lohnquote am Volkseinkommen erhöht und die Konjunkturanfälligkeit der Wirtschaft gedämpft werden kann.

Wenn die Genossenschaftsbanken nicht als Geldquelle zur Einspeisung in die beschriebenen Fonds benannt wurden, dann hat das den Grund, daß alles, was die Geno-Bank in einen solchen Fonds einzahlen würde, über Gebühren und Sollzinsen von den Kunden wieder hereingeholt werden müßte. Trotzdem hat die General- oder Vertreterversammlung natürlich die Möglichkeit, beim Beschluß über die Verteilung des Jahresüberschusses, die richtigen Signale zu setzen. Die Fonds sollten getrennt angelegt werden, um Reibereien bei der Verteilung der vermutlich immer knappen Mittel zu reduzieren. Daß bei der Vergabe der Mittel die hauptberuflichen Vertreter der Geno-Banken höchstens eine von mehreren Stimmen haben sollten, versteht sich m. E. von selbst.

Die Anzeige einer neuen Werbekampagne würden dann Bilder zeigen, die die Schönheit der Schöpfung noch erahnen lassen. Die bildhaften Wege, die freigemacht wurden, zwingen einem nicht mehr förmlich, eine öde Durststrecke möglichst schnell zu durchschreiten, sondern sie laden zum Verweilen in Schatten von Bäumen, zum Staunen vor Kulturdenkmälern, zum Besichtigen von

Anzeigenvorschlag:

Wir machen die Wege frei!

Dieses versprochen wir, die Volks- und Raiffeisenbanken, in vielen großen Anzeigen. Wir haben Bedenken bekommen, unser Gewissen plagt uns. Nicht weil wir geworben haben - auch Unternehmen mit einer genossenschaftlichen Basis müssen auf sich aufmerksam machen -, sondern die Art, wie wir geworben haben, erscheint uns im Nachhinein als vollmundig, mit Inhalten, die die Intelligenz der umworbenen Menschen unterschätzte und mit unterlegten Bildern, die das ästhetische Empfinden der BetrachterInnen kränkte und aus der ökologische Aspekte ferngehalten wurden. Dies soll anders werden: Ab jetzt wollen wir so werben, daß nicht nur wir, sondern auch Sie einen Nutzen durch unsere Werbung haben. Wir wollen weniger Anzeigen schalten, aber mehr Informationen liefern, wir wollen Sie einladen, gemeinsam mit uns über eine Ökonomie nachzudenken, die die Arbeitslosigkeit reduziert, die die Schuldenlast erträglich macht und die Finanzarmut von sozialen und kulturellen Einrichtungen beheben hilft.

Eine große Herausforderung ist die Einführung der Europa-Währung bei Verlust der deutschen Währung. Wir wollen nun nicht mit einfachen Sprüchen für oder gegen dieses politische Großprojekt Stellung nehmen, sondern wir laden Sie ein, sich mit uns vor Ort in vertrauter Umgebung durch einen von uns organisierten Wettstreit der Argumente und Gegenargumente zu informieren, damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können. Es ist dabei nicht unser Ziel, durch diese offenen Veranstaltungen eine parteipolitisch orientierte Einheitsmeinung zu formen - unsere Kunden sind schließlich ein Querschnitt der Gesamtgesellschaft -, sondern es geht uns im Sinne Ludwig Erhards, dem ersten Bundeswirtschaftsminister der BRD, darum, das überlebenswichtige Thema Währung nicht allein den Experten zu überlassen. Ihre Referentenvorschläge werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Dies schützt uns vor dem Verdacht der Meinungsmanipulation und erhöht ihre Motivation zur Mitwirkung. Achten Sie auf die Ankündigungen in den Lokal-Zeitungen und auf die Aushänge in Ihrer Genossenschaftsbank.

Über weitere Vorhaben erfahren Sie in den nächsten Anzeigen. Zwischendurch schalten wir Anzeigen, die weniger Informationen enthalten aber die Betrachterin, den Betrachter zum Schmunzeln oder Lachen veranlassen. Zu lachen gibt es im Leben immer zu wenig. Wir wollen versuchen, diese Ungerechtigkeit ein wenig auszugleichen. Unser neues Motto muß zum Ausdruck bringen, daß wir helfen wollen, für unsere Gesellschaft neue wirtschaftlich gangbare und ökologisch sinnvolle Wege in eine friedlichere europäische Zukunft zu suchen. Dabei dürfen wir aber die individuellen Anliegen unserer Kunden hier und heute nicht vernachlässigen. Vielleicht bringt folgender Slogan unser Angebot und Wollen zum Ausdruck:

***Die Genossenschaftsbanken:
Lotsen im unübersichtlichen
ökonomischen Gewässer.
Fordern und testen Sie uns!***

Alternativprojekten und zum Entscheiden an Weggabelungen ein. Abgeleitet von dem hier Gesagten könnte die erste neue Anzeige mit folgendem Inhalt so aussehen: (siehe Anzeige links)

Anmerkungen:

- 1 Siehe „Die Steuer als Instrument der deutschen Bodenpolitik in Tsingtau (1898 - 1914), Tiebkräfte, Ziele, Ergebnisse“ von Elisabeth Ina Friedrich, Studien und Quellen zur Geschichte Schantung und Tsingtau, ISSN 0176-321X, Hrsg. Prof. Dr. W. Matzat, 1992
- 2 Da das Bodenrecht in Israel nationalistisch geprägt ist, gilt seine Vorbildlichkeit nur mit Einschränkungen. Die HAZ vom 30. 12. 1995 beschäftigt sich auf der Seite *Blick in die Zeit* mit dem Friedensprozeß in Nahost und berichtet in einem Kasten unter der Überschrift „Vertrieben, unerwünscht, vergessen“ u. a. folgendes: „Nicht alle Palästinenser gehören zu den Gewinnern des Friedensabkommens zwischen der PLO und Israel. Im Libanon sitzen mehrere hunderttausend palästinensische Flüchtlinge fest, die seit der Gründung des jüdischen Staates 1948 von den Israelis aus Palästina vertrieben wurden oder vor der jüdischen Armee nach Norden geflohen waren. ... Aussicht auf eine bessere Zukunft haben diese Menschen auch 47 Jahre nach ihrer Flucht kaum: Sie kommen vor allem aus Galiäa und der Küstenregion - beides Gebiete, die heute israelisches Staatsgebiet sind. Damit der Anteil der arabischen Bevölkerung in dem jüdischen Staat nicht steigt, lehnt Israel eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihrer Heimat kategorisch ab. Ohnehin sind ihre Häuser und ihr Land längst enteignet worden.“ ...
- 3 Aber auch in Nordamerika hat die Landnahme nach römischem Recht den Menschen keinen Frieden und keine Chancengleichheit gebracht. In Focus Nr. 33/95 wird getitelt: „Terror im Wilden Westen - 'Westerne' empfinden Gesetze aus Washington als Gängelung und haben 'Angst vor der eigenen Regierung'. Die Gewalt nimmt zu“. Im Bericht ist zu lesen: „In New Mexico drohten Rancher einem Biologen der nationalen Fischerei- und Wildbehörde damit, ihm eine Kugel in den Kopf zu jagen, falls er sich je wieder blicken lasse. In Oregon gab es Todesdrohungen gegen den Leiter eines Wildparks und dessen Familie. In Nevada kündigten Viehzüchter einem Forstangestellten an, er werde 'von ein paar hundert Männern mit Gewehren empfangen', sollte er es wagen, ihre Schaffherden von überweidetem Staatsgrund zu treiben.“
- 4 „Das muß mit dem Bewußt-unbewußt-Verhältnis zu tun haben, denn es ist offenbar ein die ganze Weltgeschichte beherrschendes Gesetz, daß am Schluß alle Institutionalisierungen dazu führen, daß das Gegenteil des ursprünglich Intendierten realisiert wird.“
Alexander Mitscherlich in „Aggression auf dem Seziertisch“, Publik, 4. 9. 1970.

NACHTRÄGE

zu:

Die Europäische Währungsunion - Ist Kritik daran = DM-Nationalismus?

5. Folge

von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion : Mit dieser letzten Folge von Abromeits Beitrag zum Thema Europäische Währungsunion ist das Thema an sich noch nicht ausdiskutiert. Wir werden es weiterhin verfolgen. Aber auch die Diskussion eines unendlichen Themas braucht einen Schlußpunkt, damit an anderer Stelle von neuen Diskutanten ein neuer Anfang gesetzt werden kann.

Nach Karl Otto Pöhl, Bundesbankpräsident von 1980 bis 1991, ist das Statut für eine europäische Notenbank, das Bestandteil des Maastricht-Vertrages ist, „wahrscheinlich die modernste und beste Notenbank-Verfassung, die es überhaupt irgendwo gibt.“ (siehe Beilage: *Weltmacht Geld in Spiegel spezial*, 5/96). Wir werden diese Notenbank-Verfassung dokumentieren, kommentieren und diskutieren.

5. Nachträge

5.1 Angaben über DM- und Dollar- Noten-Bestände im jeweiligen Ausland als währungspolitischer Störfaktor und als ein Problem bei der Währungsumstellung

In der ersten Folge habe ich (nach der redaktionellen Zwischenüberschrift „Von der kranken Leitwährung Dollar zur kranken Leitwährung Euro“) darauf hingewiesen, daß Dollar- und DM-Noten in wesentlichen Größenordnungen im jeweiligen Ausland kursieren oder gehortet werden. Dies ist allgemein deshalb ein Problem, weil die Notenbanken bei der Geldmengensteuerung diesen Teil des Bargeldes praktisch nicht kalkulieren können. Dollar- und DM-Noten stellen jeweils Ansprüche auf Güter und Dienstleistungen in den Märkten ihres Geltungsbereiches dar. Banknoten im Ausland repräsentieren nichtabgerufene Güter im Markt ihres Geltungsbereiches. Der amerikanischen und der deutschen Volkswirtschaft wird sozusagen ein zinsloses Darlehen von anderen Volkswirtschaften gewährt.

Ändert sich nun die Einstellung der Dollar- und DM-Noten-Inhaber im Ausland zu diesem Bargeld z. B. aufgrund politischer Ereignisse, dann kann es zu großen Notenrückläufen kommen. Im Markt sind aber keine Güter für dieses zurückfließende Geld vorhanden. Es kommt zur Inflation. Multiplizieren muß man die zurückfließende Bargeldmenge mit der Umschlaghäufigkeit des Geldes. Die einsetzende inflatorische Tendenz kann dabei die Umlaufgeschwindigkeit noch erhöhen.

Das besondere Problem in bezug auf die Europäische Währungsunion besteht nun darin, daß die im Ausland befindlichen DM-Noten in Euro-Noten (oder in Ansprüchen auf Euro-Noten) umgetauscht werden müssen. Setzt man nun die Umtauschverhältnisse der jetzigen europäischen Währungen zum Euro aufgrund einer Kaufkraftparitätenberechnung fest, dann ist die DM überwertet, weil in die Preisniveauberechnung die jetzt noch im Ausland befindlichen DM-Bestände gar nicht eingehen. Ein Ausweg wäre, daß erst die Bundesbank durch Verkauf ihrer Gold- und Devisenbestände die Auslands-DM reduziert

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen -
gegen die Gefahren
- 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien
und Überwindung der Blindflecken
- 1.2 Zusammenfassung / Merkzettel für
die weitere Diskussion
Kasten: Gesells Warnung vor dem
europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (siehe DDW 3/1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis,
der eigenen Kritikbasis und vom
mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

3. Folge (siehe DDW 4/1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer
HAZ-Berichte
- 4.1 Die SPD will nicht lernen,
ihre Konkurrentinnen auch nicht
- 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch
längst nicht gefunden,“
- 4.2.1 Die Währungsunordnungen
als Quellen des Antisemitismus

4. Folge (siehe DDW 5/1996)

- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechts-
problematik als mögliche Gründe für
neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen:
„Wir machen den Weg frei,“
Die Adressaten sollten erwidern:
„So fangt doch endlich an und spielt
nicht wie bisher die 'Bauernfänger',“

5. Folge (in diesem Heft)

5. Nachträge
- 5.1 Angaben über DM- und
Dollar-NotenBestände im jeweiligen
Ausland als währungspolitischer
Störfaktor und als ein Problem bei
der Währungsumstellung
- 5.2 Haltung der Sparkassen
- 5.3 Aufklärung über die Chancen und
Geahren einer Europawährung oder
ein Propagandafeldzug für eine
blinde Unterwerfung?
- 5.4 Zwischenruf eines Lesers

und der restliche Teil durch Verkauf von Bundesvermögen eliminiert wird. (Letzteres hat aber nur dann eine Wirkung, wenn der Bundesfinanzminister die DM-Verkaufserlöse verbrennt. ➤

DM-Außenbestände und der Euro

Wie groß sind nun aber die Dollar- und DM-Bestände im jeweiligen Ausland?

Die Antwort ist ja auch gleich eine Teilantwort auf die Frage, wieviel Geld überhaupt gehortet wird, also dem eigentlichen Geldkreislauf entzogen ist. Die USA sind nun dabei, ihre 100-Dollar-Noten umzutauschen. Für die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (HAZ) war das ein Grund für einen Bericht. Am 8. 3. 96 wird unter der Überschrift

„Benjamin Franklin rückt ein bißchen zur Seite“

zu lesen, daß der Grund für die Umtauschaktion die begründete Angst vor dem Falschgeld ist. Die täuschend echten Blüten tauchen nicht nur im Ausland auf, sondern auch in den USA. Die neuen Noten sollen fälschungssicherer sein. Nun werden für unser Thema interessante Zahlen genannt:

„80 Milliarden Dollar an 100-Dollar-Noten werden ab 25. März in Umlauf gebracht. Weltweit befinden sich rund 380 Milliarden Dollar in Umlauf, zwei Drittel davon im Ausland.“

Wie hoch die Summe der gefälschten Dollar ist, ist wahrscheinlich nicht einmal zu schätzen.

Wenn wir berücksichtigen, daß schon das Dritte Reich ausländische Banknoten perfekt gefälscht hat, können wir nicht ausschließen, daß dies die ehemaligen sozialistischen Staaten in ihrer ständigen Devisennot auch versucht haben. Oder in der Desorganisationsphase des Umbruchs kann der Zugriff auf Geldnotendruckereien von Privaten oder kriminellen Organisationen mißbraucht worden sein. Ich kann hier nur vermuten oder spekulieren. Realistisch einschätzen muß man aber, daß hier auch für die DM-Stabilität ein Gefahrenpotential liegt. (Die Anzahl der in der BRD entdeckten gefälschten Noten wird für 1995 mit 31 148 angegeben. Ist also relativ gering. - HAZ 25. 4. 96)

Nun können die USA aus den aufgezeigten Gründen kein Interesse haben, daß die echten und (nicht erkennbaren) falschen Dollar in die USA zurückströmen. Die HAZ berichtet:

„Mit einer weltweiten Aufklärungskampagne versuchen die USA seit letzten Herbst den Dollar-Besitzern zu versichern,

daß ihre alten Geldscheine auch in Zukunft gültig sind. In Rußland und Osteuropa sowie in vielen Entwicklungsländern ist der Dollar häufig ein echter Ersatz für die Weichwährungen dieser Länder. Millionen von Menschen horten dort im wahrsten Sinne des Wortes ihre Dollar-Geldscheine unter der Matratze.“

Über einen Bericht von Helmut Creutz mit dem Titel

„Ein Drittel des DM-Bargeldumlaufs ist im Ausland“

in der Zeitschrift *Alternative* 2000 wurde ich auf eine Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank vom Mai 1995 aufmerksam. Der Titel lautet: *„Der DM-Umlauf im Ausland.“* Der Verfasser ist Franz Seitz. Die Untersuchung wurde als *„Diskussionspapier 1/95, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank“* vorgelegt.

Über weite Strecken befaßt sich die Schrift mit dem Problem, eine Antwort wissenschaftlich zu fundieren. In dem Kapitel *„Zusammenfassung, Schlußfolgerung, Ausblick“* heißt es u. a.:

„Der anhaltende 'Boom' des deutschen Bargelds läßt sich mit einem engen Rationalitätsbegriff nur unzureichend erfassen. Die Motive der Bargeldhaltung im Inland liegen zu einem beträchtlichen Teil im Dunkeln. Weit weniger unklar ist jedoch, warum die DM im Ausland stark gefragt ist. Die bei dieser Entscheidung anfallenden Opportunitätskosten sind recht offensichtlich und als 'Konkurrenzprodukt' kommt de facto wohl nur der US-Dollar in Frage. Eine genaue Quantifizierung des Auslandsbestandes fällt aber äußerst schwer. Die theoretische und empirische Durchdringung des Auslandsphänomens unter Berücksichtigung der geldpolitischen Aspekte stand im Mittelpunkt der vorliegenden Studie.“ ...

An anderer Stelle heißt es:

„Auch wenn manchmal nicht zwischen Auslandsbeständen und internen Hortungen unterschieden werden konnte und es sich methodisch um recht unterschiedliche Vorgehensweisen handelt, kristallisierte sich doch eine gewisse allgemeine Tendenz heraus. So dürften sich inzwischen 30% bis 40% des gesamten Bargeldumlaufes außerhalb des Bankensystems im Ausland befinden. Es handelte sich

dabei 1994 um Größenordnungen zwischen mindestens 60 höchstens 90 Mrd DM.“ (Unterstreichung v. V.)

Wenn die Aussagen von Seitz auch mit Unsicherheiten belastet sind, weil *„die Bargeldstatistik in Teilbereichen äußerst rudimentär entwickelt ist“*, ist es doch lobenswert, daß er sich an das Thema herangewagt hat und daß die Bundesbank ihm dazu die Möglichkeit gegeben hat. Die Schlußfolgerungen Seitz's aus seiner Untersuchung kann ich aber nicht teilen. An einer Stelle heißt es: *„Für geldpolitische Zwecke ist dabei die konkrete Ausprägung des für das Inland 'inaktiven' Geldes irrelevant.“* Dies trifft nur so lange zu, wie die im Ausland befindliche Bargeldmenge nicht durch irgendwelche Ereignisse in den eigentlichen Geltungsbereich BRD zurückgetrieben wird. Die Umstellung von DM auf den Euro ist ein solches Ereignis.

Der Schlußabsatz lautet:

„Insgesamt dürfte das Bargeld, zumindest was die DM betrifft, noch lange kein 'Auslaufmodell' sein. Dazu trägt die Auslandsnachfrage zu einem erheblichen Teil bei. Der Bargeldumlauf im Ausland hat eine Größenordnung erreicht, die es nahelegt, ihn zwar in der Geldpolitik nicht zu ignorieren, sich davon aber auch nicht beunruhigen zu lassen. Versuche, ihn einzudämmen, sind von Deutschland aus zum Mißerfolg verurteilt; er muß wohl oder übel toleriert werden. Diese Versuche müssen vielmehr in den Ländern, in denen die DM verwendet wird, ansetzen.“

Die erste Aussage stimmt mit Äußerungen aus der Freiwirtschaftsschule überein, obwohl sich ein rein virtuelles Geld installieren läßt. (Es hätte sogar den Vorteil, daß es mit einem speziellen „Virus“ auf einfache Weise die erforderliche Umlaufsicherung eingebaut werden könnte. Der Nachteil, daß damit alle Zahlungsvorgänge aller Menschen kontrolliert werden könnten, wurde schon an anderer Stelle erwähnt.)

Die zweite Aussage ist gar nicht so beruhigend, wie sie vermutlich wirken soll, weil der Auslandsbestand an DM-Bargeld ein unsicherer Faktor in der Währungspolitik ist und bleibt.

Die dritte Aussage, daß Versuche von Deutschland aus die Auslandsbestände an DM einzudämmen, zum Scheitern verurteilt seien, stimmt nur unter den jetzigen Bedingungen der Währungspo-

litik und nicht unter der Bedingung einer Umlaufsicherung nach freiwirtschaftlichen Vorschlägen.

Die vierte Aussage, daß der Ansatz einer Abhilfe im Ausland liege, stimmt insofern, daß die DM als Ersatzwährung und als Geldschatz überall dort uninteressant wird, wo die eigene Landeswährung die gleiche oder eine bessere Güte erreicht, als die DM.

5.2 Die Haltung der Sparkassen

Unter der Schlagzeile „Sparkassen mißfällt die Verschiebungsdiskussion“ berichtet die HAZ am 16. 2. 96, daß dem Präsidenten des Niedersächsischen Sparkassen und Giroverbandes, Dietrich Hoppenstedt, die Verschiebungsdiskussion um die Einführung der europäischen Währung mißfällt. Daß es für eine Unternehmensgruppe ärgerlich ist, wenn der Staat politische Maßnahmen einleitet, die erhebliche betriebswirtschaftliche Kosten verursachen, und dann diese Maßnahmen nicht konsequent durchführt, ist das ein Ärgernis, was unmittelbar einleuchtet.

Was nicht einleuchtet, ist, daß der Sparkassenverband und seine Mitglieder eine verfehlte Währungspolitik, die hinter der Maßnahme steht, zum Schaden ihrer Kunden mitträgt und eine kostenträchtige Propagandakampagne dafür starten will. Denn von einer Informationskampagne kann keine Rede sein. Die „Europäische Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft“ und als „Konzept zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Wachstum, Stabilität und Frieden“ ist bei den gegenwärtigen Grundlagen ein Wunsch, ein Glaubenssatz.

Obwohl der Umgang mit Geld das Arbeitsfeld der Bankkaufleute ist, ist ihnen offensichtlich nicht klar, daß die jetzigen nationalen Währungen Ursache für die ökonomischen Probleme Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Vermögenskonzentration und Umweltgefährdung sind.

Es gibt nicht einmal einen währungstheoretisch eindeutigen Begriff vom Geld. Wie sollen die Probleme, die in kleineren Einheiten nicht einmal geklärt und gelöst werden, in einer noch größeren Einheit mit erheblichen Interessensgegensätzen und unterschiedli-

chen Vorstellungen darüber, was eine gute Währung ist, gelöst werden?

Wenn die Sparkassen etwas Gutes tun wollen, dann ermöglichen sie eine offene Diskussion über Währungsfragen.

Der Schweizer Ökonom Binswanger sagte, daß 99% der Bürger die Währungsprobleme nicht kennen, einbezogen sind die Betriebs- und Volkswirte. Ludwig Erhard, auf den ja so gerne Bezug genommen wird, sagt, daß

„'RICHTIGES GELD' (...) die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung (ist).“

Und er war der Meinung, daß die Währungsfragen nicht nur ein Thema für sogenannte Fachleute ist.

„Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.“ (Währung und Wirtschaft, I. Heft, 1949)

Das Mitdenken der Bürger hat die Bundesregierung und der Bundestag schon durch die Mitwirkungsverweigerung bei der Formulierung und Beschlußfassung unserer Verfassung sabotiert. Die Fortsetzung des gewollten Nicht-Mitdenkens haben wir auf der Landesebene ebenfalls hinter uns und ist uns bzgl. der Kommunalverfassung gegenwärtig. Das Wirken der Verfassungsorgane (die nicht gleichzeitig Verfassungsgeber sein können) gegen den Souverän, das Volk, findet beim Thema Europäische Währungsunion, die die Bedeutung einer Verfassung hat, nur eine Fortsetzung.

Diesen Text hatte ich unter der Überschrift „Die Sparkassen als Erfüllungshelfen einer verfehlten Währungspolitik“ bei der HAZ als Leserbrief eingereicht. Er wurde nicht veröffentlicht.

Am 16. 4. 96 war in der HAZ unter der Schlagzeile „Währungsunion wird für Kreditwesen teuer“ zu lesen:

„Für die Banken und Sparkassen wird die Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion nach Ansicht von West-LB-Chef Friedel Neuber ein 'personeller und finanzieller Kraflakt'. Die erheblichen Kosten entstünden durch die nötige Vorplanung, die Arbeitsvorbereitung, die Konzentration von Arbeitsgruppen und die Belegung technischer Einrichtungen, sagte Neuber

in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender des Verbandes öffentlicher Banken (51 Mitglieder d. V.) in Frankfurt. Zwar sei es derzeit schwer, die genauen Kosten zu beziffern, doch werde die Umstellung allein die öffentlichen Banken - ohne Sparkassen - mehr als eine Milliarde kosten. In diesem Zusammenhang kritisierte Neuber, daß in der öffentlichen Verwaltung die Vorbereitungen auf die Währungsunion noch nicht einmal begonnen hätten.“

Warum legen sich die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute trotz der zu erwartenden hohen Kosten so für die Währungsunion ins Zeug? Ich vermute, daß die Antwort in den Erörterungen über die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute zu suchen ist. Diese Debatte wird nicht etwa auf der Grundlage einer erforderlichen ordnungspolitischen Orientierung geführt, sondern sie wurde durch die Finanznot der Länder und Kommunen ausgelöst. Eine Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute würde aber die gewachsenen verbandlichen und innerbetrieblichen Machtstrukturen durcheinander werfen. Dies macht den Funktionären des Sparkassenwesens natürlich Angst. Sie reagieren wie Funktionäre in allen Organisationen regagieren, nämlich mit Verhinderungsstrategien. Ich vermute, daß zwischen dem Kanzleramt und den Spitzenverbänden der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute ein Kuhhandel stattgefunden hat. Die Sparkassen legen sich ins Zeug für die Europäische Währungsunion, dafür wird ihr rechtlicher Status nicht angerührt.

Inzwischen liegen in den Sparkassen Infos zum Thema aus. Mir liegt ein Faltblatt vor, das trägt den Titel „Von der D-Mark zum Euro - Der Nutzen einer gemeinsamen Währung in Europa.“ Als Vorteile werden zu recht herausgestellt:

- kein lästiges Geldwechseln mehr;
- keine Gebühren beim Umtausch;
- jeder erkennt auf einen Blick, ob der Kaffee, das Hemd, die Schuhe billiger oder teurer sind als zuhause;
- Überweisungen in Länder der Europäischen Währungsunion (EWU) gehen schneller und kosten weniger.

Dann warnt das Blatt vor falschen Propheten und selbsternannten Gurus, die die Bürger aufs Glatteis spekulativer Geschäfte führen, indem sie raten,

DM-Außenbestände und der Euro

Ersparnisse in Fremdwährungen anzulegen. „Viele wirtschaften vor allem in die eigenen Taschen.“ Auch wenn die Sparkassen ebenfalls vor allem in die eigene Tasche wirtschaften, kann man diese Aussage noch hinnehmen. Ich habe allerdings den Verdacht, daß hier die Euro-Kritiker auf unauffällige Weise miterfaßt werden sollten.

Dann kommt eine Passage, wo die Werbung nahtlos in die Lüge übergeht:

„Oft wird die Sorge geäußert, der Euro werde weniger stabil sein als die D-Mark. Diese Sorge nehmen die Sparkassen sehr ernst. Sie werden im Interesse ihrer Kunden sorgfältig darüber wachen, daß die künftige Euro-Währung ebenso stabil wird wie die D-Mark. Auf die Sparkassen als 'Anwalt der Sparer' können Sie sich verlassen.“

Die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute sind kein Organ der neuen europäischen Zentralbank. Wenn mit dem Euro etwas schief läuft, können sie lamentieren, aber nicht korrigierend eingreifen. Die gegebenen Stabilitätsversprechen sind also Nonsens oder Betrug. Der Verbund der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute mißbraucht das Vertrauen seiner Kunden. Aber nicht nur, daß die politische und organisatorische Einwirkungsmöglichkeiten der Sparkassen zu Gunsten eines stabilen Euros gleich Null sind, sie lassen nicht einmal erkennen, daß sie die theoretischen Einsichten dazu haben.

5.3 Aufklärung über die Chancen und Gefahren einer Europawährung oder ein Propagandafeldzug für eine blinde Unterwerfung?

Wie in der 1. Folge ausgewiesen, habe ich die vorliegende Arbeit einschließlich der Ergänzungen aber ohne diese Nachträge am 31. 12. 1995 abgeschlossen. Im letzten Abschnitt der Ergänzungen befaße ich mich mit den Genossenschaften und zeige auf, wie sie das Thema „Europäische Währungsunion“ für sich werblich einsetzen können, wenn sie eine offene Diskussion darüber unter ihren Mitgliedern ermöglichen. Der erste Schritt wäre aber, sich zu besinnen, wo die Genossenschaften herkommen, wo sie heute stehen und wo sie morgen ankommen wollen. Ich habe mich auf die Situation der Genossenschaftsbanken auch deshalb eingelassen,

weil ich befürchtet habe, daß sie, von Bonn unter politischen Druck gesetzt, statt einer sachlichen Erörterung zu dienen, einen Propagandafeldzug für die EWU unterstützen könnten. (Siehe auch den Abschnitt über die Sparkassen in dieser Folge.)

Am 2. Januar (d. J.) war dann auch schon unter der Schlagzeile „Der Bundespräsident wirbt fürs Euro-Geld“ zu lesen:

1. „Herzog warnte vor der Verschiebung des Starttermins für die EWU ... Herzog sagte der 'Bild am Sonntag', er sei überzeugt, daß die Stabilität der neuen Währung gesichert sei.“
2. „Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Georg Pfennig, forderte von der Bundesregierung wie von den Banken, Sparkassen und Versicherungen Aufklärungsaktionen über den Euro. Jeder habe Anspruch darauf zu erfahren, wie Sparbücher, Rentenversicherungen und Lebensversicherungen bei der Einführung der EWU umgestellt würden.“ ...
3. „Auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) betonte die Vorzüge der Währungsunion.“ Er kritisierte zugleich die Wichtigtuerei der Deutschen, die „arrogante Forderungen an die Finanzpolitik der Nachbarn richten.“

Zum Zitat 1:

Die Worte unseres Bundespräsidenten Roman Herzog klingen so, wie die Worte eines Pastors, der seiner Gemeinde sagt: „Sorgt Euch nicht um morgen. Der Herrgott wird's besorgen.“ Nein, der Herrgott hat uns den Verstand gegeben, um selber vorzusorgen. Und sagt nicht der Gott der Christen: „Du sollst kein falsches Zeugnis reden!“?

Zum Zitat 2:

Aufklären kann nur jemand, der selber aufgeklärt ist. Ich kann nicht erkennen, daß die Bundesregierung, die Banken und die Versicherungen in bezug auf die Gefahren und verschleierte Potentiale der geplanten Währungsunion aufgeklärt sind.

Zum Zitat 3:

Helmut Schmidt betätigt sich einmal wieder als Pressesprecher von Helmut Kohl. Er moralisiert, klärt aber nicht auf.

Am 9. Januar titelt dann die HAZ bereits:

„Bonn macht Druck: Werbefeldzug für Eurogeld“.

„Die Deutschen sollen den 'Euro' schätzen lernen.“

Für 15 Millionen Mark soll eine Werbekampagne gestartet werden. Dies sei kein umwerfendes Budget - die Einführungskampagne für das Waschmittel „Megaperl“ habe z. B. 35 Millionen DM gekostet. Manfred Oberländer aus dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

„hofft angesichts der 'relativ bescheidenen Summe' beim Trommeln für den 'Euro' dann auch auf Flankenschutz von der EU-Kommission, von Wirtschaftsverbänden und Banken: 'Wir sind guten Mutes.'“

Da sich bisher 45% von Befragten gegen den Euro ausgesprochen haben und nur 23% dafür, nennt der Werbeagenturchef Coordt von Manstein die Aufklärung über die Vorteile der Währungsunion

„eine der schwierigsten Kommunikationsaufgaben, die es in den nächsten Jahren in Deutschland geben wird.“

In der Badischen Zeitung vom 10. April 1996 heißt es dann:

„Auch wenn die knackige Losung noch fehlt, so steht skizzenhaft doch bereits fest, was dem euro-skeptischen Bürger alles geboten wird, damit er seine heftige Ab- in höfliche Zuneigung umwandelt. Ein ganzes Feuerwerk von Animation wird er erleben. Seminare und Bürgerforen soll es geben, Computerspiele und Broschüren, Werbespots und Anzeigen.“

Anzeigen wird es mehr in den neuen Bundesländern geben als in den alten,

„denn in den neuen Ländern ist die Euro-Liebe gering und die Lage 'besonders delikat', wie ein Fachmann sagt. Nun sind Personen gesucht, die populär sind und Vertrauen erwecken. Banker und Gewerkschafter sollen ran, Schauspieler und Sportler. Überhaupt werden wohl einige Banken, Versicherungen und Kreditinstitute mittun im großen Euro-Werbespiel. Weil sie im Umgang mit Geld geübt sind, weil sie Kompetenz ausstrahlen und Seriosität.' Da ist das Bundespresseamt nicht vertrauenswürdig genug, sagt ein Regierungsbeamter. Was man von einer Behörde, die tag-ein, tagaus dabei ist, Regierungspolitik zu schönen, auch kaum erwarten kann.“

Es wird dann auch angemerkt, daß es wohl kein Zufall ist, daß der erste Höhepunkt der Werbekampagne mit der Bundestagswahl 1998 zusammenfällt.

In der HAZ vom 26. April wird dann vermeldet, daß der EU-Kommissar Yves-Thibault de Silguy erklärte, daß die Aufklärung über die Euro-Währung in erster Linie Sache der Mitgliedsstaaten sei, aber Brüssel wolle die Kampagne technisch und finanziell unterstützen.

Im laufenden Jahr 1996 sind im EU-Haushalt dafür knapp 37 Millionen DM vorgesehen.

Kommentare dazu:

1. Variante: Eigentlich kann man nur noch höhnen: Die arme Bundesregierung, die bedauernswerten Europa-Politiker, hätten sie doch einen Propagandaminister Josef Goebbels wie ehemals die Nationalsozialisten.
2. Variante: Die Mitarbeiter der Werbeagenturen und die populären vertrauenswürdigen Persönlichkeiten werden sich fragen müssen, ob ihnen die Rolle des Judas in dem "Spiel" wirklich lieb ist und ob ihnen die Silberlinge wirklich bekommen?
3. Variante: Die Übereinstimmung der Werbung für den Euro als wirkungsvollste politische Waschmittel, daß es je gab, und derjenigen für Megaperls, dem Mittel für die Wäsche im Haushalt, ist unter den Umständen, wie sie in Angriff genommen wird, verblüffend.
4. Variante: In einer Gesellschaft, die sich als freie versteht und die die Demokratie als Herrschaftsform nicht nur verbal, sondern real bejaht, kommt es wesentlich darauf an, daß es bei Entscheidungen von politischem Gewicht, wie der Wechsel einer Währungsverfassung eine ist, zu einer unmanipulierten Meinungsbildung kommt. Das bedeutet, in dem Prozeß der Meinungsbildung müssen alle Beteiligten eine Chancengleichheit haben, Pro- und Kontraargumente einzubringen. Wenn Regierungen durch den Griff in die Staatskassen die Bürger einseitig informieren, dann haben sie ihren demokratischen Status verloren und sich die Titulierung „totalitärer Staat“ erworben. Bei alle dem wird auch das in den politischen Dreck gezogen, was an den Ideen vom vereinigten Europa und einer Europawährung gut und schön ist.

Außerdem: Die Aufgabe der DM-Währung und Einführung der Euro-Währung für Deutschland ohne Volksentscheidung wäre nach dem Schwindel mit der Verfassung nach der deutschen Vereinigung die zweite politische Entmündigung in der Amtszeit des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

„Das Geld ist genau wie alle anderen zivilisatorischen Entwicklungen ein Humanum a priori, von vornherein. Es ist ein Produkt menschlichen Geistes und der gesellschaftlichen Verhältnisse.“

Dies ist eine Aussage von Johann Philipp von Bethmann in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Was ist Geld?“. An anderer Stelle sagt er:

„Das Nichtwissen über das Geld ist der Grund allen Elends heute.“

Eine solche Aussage erweckt häufig ungläubigen Widerspruch; sie stimmt aber im Kern, auch wenn man Bethmanns Begriff vom Geld nicht zustimmen kann. Das Nichtwissen über das Geld in der Politik nicht zu berücksichtigen, ist vermutlich noch destruktiver, noch tödlicher als die Nichtbeachtung der Radioaktivität der Atomenergie.

Wir haben viele Jahrzehnte in Politik, Wissenschaft und Bürgerschaft versäumt, gründlich über das nach der Sprache zweitwichtigste Kommunikationsmittel - nämlich das Geld - nachzudenken. Jetzt soll in einem ungeübten Blindflug das Versäumte nachgeholt werden. In einer solchen Situation sind die Zögerer und Zauderer als politisch Progressive zu werten und es ist eine Dummheit der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, der SPD eine unverantwortliche Haltung zur Währungsunion vorzuwerfen und selbst zum vorbehaltlosen Befürworter der EWU zu werden. Hier wäre die vielbeschworene Basisdemokratie anzuwenden. Aber selbst in den Parteifachgremien ist bisher nicht mehr als eine stümperhafte Diskussion über das Thema entstanden.

Da andernorts sich aber die zweifelnden Stimmen mehren, sollte man nicht für einen zweifelhaften Propagandafeldzug Geld vergeuden und Personen verschleifen, sondern ein Denkpausen einlegen. Rudolf Augstein zitiert den Franzosen Jacques Rueff mit den Worten

„Europa wird durch das Geld entstehen, oder es wird gar nicht entstehen.“ (in der Beilage zum Spiegel spezial 5/96).

Es ist ein wahres Wort.

Ob es ein Europa der Bürgerkriege wird oder ein Europa des Friedens und der Freiheit, hängt wesentlich von der Art der Währungsverfassung ab.

Aus meiner Sicht sind die jetzigen Befürworter der Währungsunion (ohne funktionsgerechte Bedingungen) die wirklichen Feinde Europas. Aber vielleicht hat Augstein recht, wenn er schreibt:

„Kaum jemand Halbverantwortliches in Wirtschaft- und Finanzkreisen glaubt noch an einen fest datierbaren Beginn der Europäischen Währungsunion, mögen auch die Verantwortlichen in Brüssel, Paris und sogar am Rhein noch so laut 'Avanti' rufen.“

Auch Ex-Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl glaubt nicht an die Einhaltung der vereinbarten Termine. (Ebenfalls in der angeführten Beilage)

Die HAZ titelt am 10. 5. 1996:

„Termin für Währungsunion wankt immer stärker! Äußerungen von LZB-Präsident nähren Spekulationen! Kaum ein Land erfüllt alle Bedingungen.“

Im Text heißt es dann auch:

„Nach Außenminister Abel Matutes hat sich auch der neue spanische Wirtschaftsminister Rodrigo Rato für eine Verschiebung der geplanten Europäischen Währungsunion (EWU) ausgesprochen.“

Eine geplante Verschiebung ist allemal besser als eine gescheiterte oder verkorkste Einführung der EWU. Wir hätten dann auch die Möglichkeit, über die von Hans Magnus Enzensberger in die Debatte geworfene symbolische Dimension der Währungsordnung nachzudenken. („Eine Krone für Europa“, in der erwähnten Beilage)

Mit dem Wortteil Euro kann man leben. Es gibt aber sicher bessere Bezeichnungen. Zur Erinnerung: Karl Walker weist in seinem Buch „Neue Europäische Währungsordnung“ (1962 erschienen und immer noch aktuell) darauf hin, daß Mark ebenfalls ein europäischer Begriff ist, erst als Gewichtseinheit, dann als Währungseinheit. ➤

DM-Außenbestände und der Euro

5.4 Zwischenruf eines Lesers

In der ersten Folge habe ich in dem Gliederungsabschnitt 1.2 Zusammenfassung ... unter Punkt 14 geschrieben:

„Die Notenbank muß nach Einführung einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes ihre Zinssätze für Kredite an die Geschäftsbanken und Regierungen höher ansetzen als der Geld- und Kreditmarkt, damit erst das bereits ausgegebene Geld in den Umlauf kommt, bevor die Notenbank neues Geld ausgibt. Die Notenbankzinssätze verlieren dadurch ihre Leitfunktion.“

Die Aussage ist meines Erachtens eindeutig und einsehbar. Sie gilt allerdings unter der Annahme, daß die Notenbank die Geldmengenregulierung über die Instrumente Diskontpolitik, Offenmarktpolitik und Wertpapierpensionsgeschäft vornimmt. (Die Vorgänge bei den An- und Verkäufen von Gold und Devisen dürfen wir in bezug auf die Geldmenge auch nicht ganz aus den Augen verlieren.)

Nun schreibt Walter Hanschitz-Jandl aus Deggendorf, daß ihn meine Darstellung verwundert.

„Das entspricht meines Erachtens überhaupt nicht dem Gesellschen Konzept; denn bei Gesell soll das Nachfragemittel Geld auch als Nachfrage in Umlauf kommen und überhaupt nicht als Kredit.“ (Der ganze Leserbrieftext ist in DDW 4/96 auf Seite 36 abgedruckt.)

Mich auf meine Erinnerung verlassend, sage ich, daß ist richtig, was Hanschitz-Jandl sagt. Und ich stimme auch zu, wenn er schreibt:

„Die herkömmliche Praxis der Geldemission scheint mir höchst problematisch.“

Mir ging es bei meiner Darstellung ja nicht so sehr darum, Gesell richtig wiederzugeben (aber auch nicht darum ihn zu verfälschen), sondern Wege für eine bessere Währungspolitik aufzuzeigen.

Streichen wir die jetzt angewendeten Notenbankinstrumente und greifen zurück auf die einfachen Instrumente *Ofen und Druckerpresse*, die zusammen mit guten Preisindizes und einer Umlaufsicherung des Geldes in der Tat ausreichen, um eine gute Währung zu machen, sind damit aber nicht alle Probleme behoben.

Wir müssen erstens beantworten, wie das neue Geld in den Kreislauf eingeführt wird und wie ein Zuviel an Geld dem Kreislauf entzogen wird. Nun kann der Verweis auf den Staatshaushalt, auf den Finanzminister kommen. Aber so wie die fiskalische Konjunkturpolitik die Irrationalität in die staatliche Haushaltsführung gebracht hat, so bringt auch Geldpufferfunktion ein Stück Unberechenbarkeit in den Staatshaushalt. Man könnte allerdings auch sagen, daß zusätzlich erforderliche Geld wird jeweils direkt an sozialpolitisch definierte Gruppen verteilt. Der Einzug des überschüssigen Geldes erfolgt über die Umlaufgebühr.

Zweitens müssen wir uns auf die von Karl Walker eingebrachte Fragestellung einlassen, die untersucht, wie verhält sich die Geldemission zur Wertschöpfung. Ausgehend von der Annahme, daß Geld sich aus universell tauschfähigen Gütern entwickelt hat (und nicht wie eine neue Schule behauptet aus Schuldverhältnissen) und somit beim Gütergeld nur jemand zu Geld kommen konnte, der vorher eine entsprechende Leistung für den Markt erbracht hatte. Walker schlußfolgert daraus, daß auch heute niemand durch die Geldschöpfung der Notenban-

ken einen Anspruch auf Güter in den Markt erhalten darf, der nicht vorher selbst eine Gegenleistung erbracht hat (Schenkungen und Übertragungen durch den Staat ausgenommen).

Die Geldschöpfung darf also keine illegitimen Ansprüche an den Markt produzieren. Er sah in der Diskontpolitik eine solche Möglichkeit, weil dem Handelswechsel immer eine Wertschöpfung vorausgeht. Mir hat an dieser Überlegung nicht gefallen, daß bei einer wachsenden Wirtschaft ein immer größerer Zahl an Wechseln über die Banken bei der Notenbank zum Diskont eingereicht werden müssen; daß es bei der kurzen Laufzeit der Wechsel zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand kommt, und daß ein immer größer werdender Zinsstrom aus der Wirtschaft zur Notenbank fließt. (Das ist auch dann noch ärgerlich, wenn der Notenbanküberschuß beim Finanzminister landet.)

Dann hat Walker auch noch die Frage umgetrieben, wie sich die Notenemission bzw. die Verringerung der Geldmenge auf die Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Preise und Güter auswirkt. Er kam zu diesen Fragen, weil er im Laufe seiner geldtheoretischen Arbeiten das einbezog, was vor Marx in der Werttheorie abgehandelt und von der Freiwirtschaft vernachlässigt wurde.

Dies alles kann und darf uns aber nicht daran hindern, zielstrebig die umlaufgesicherte Indexwährung zu realisieren.

Mit den Erfahrungen werden dann auch die Wege zu verfeinerten Methoden in der Emission, wie in der Umlaufsicherung sichtbar. ■

NEUE EUROPÄISCHE WÄHRUNGS- ORDNUNG

Indexwährung - flexible Wechselkurse
Europa-Mark
Eine kritische Untersuchung und ein
Vorschlag

1962 schrieb Karl Walker dieses Werk - heute so aktuell wie damals. Tristan Abromeit wies im vorstehenden Aufsatz lobend darauf hin. Das Buch ist im Rudolf Zitzmann Verlag erschienen. Nur noch wenige Exemplare sind über den Versand DER DRITTE WEG lieferbar - solange der Vorrat reicht.

Sichern Sie sich bitte dieses Standardwerk, das in seiner Gründlichkeit tief in die Problematik der Geld- und Währungstheorien eindringt. Dringlicher denn je ist es heute, die Probleme der monetären Ordnung unter die Lupe zu nehmen; und zwar muß das geschehen, bevor neue Konstruktionen mit den alten Fehlern errichtet werden.

Wer in den Bereichen der modernen Geld- und Währungspolitik bis heute der Meinung sein konnte, die herrschende Theorie sei wissenschaftlich gesichert, wird durch diese Veröffentlichung eine Lehre erhalten, die wahrhaft alarmierende Perspektiven hat.

144 Seiten, kartoniert 17,50 DM, Leinen 24,00 DM

Versand DER DRITTE WEG, Feldstraße 46, D-20357 Hamburg